

**Antragsbuch
zum 66. Landeskongress
der Jungen Liberalen Niedersachsen**



**16./17. November 2013
Hitzacker**

Eine neue politische Kultur.

Lars Alt

stellv. Landesvorsitzender für
Programmatik und Grundsatzfragen

Junge Liberale Niedersachsen e.V. · Walter-Giesecking-Str. 22 · 30159
Hannover

An die Teilnehmer des Landeskongresses der
Jungen Liberalen Niedersachsen

Tel.: +49 (0) 171 - 1706327

Mail: alt@julis.de

Junge Liberale Niedersachsen e.V.

Walter-Giesecking-Str. 22

D-30159 Hannover

Tel. +49 (0)511 280 71 27

Fax +49 (0)511 280 71 25

niedersachsen@julis.de

www.julis-niedersachsen.de

Antragsbuch zum Landeskongress

Liebe JuLis,

Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.

Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet - und die Geschichte unserer Bundesrepublik entscheidend geprägt.

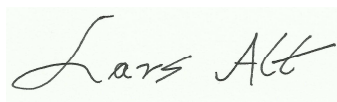
Nun ist die FDP zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht im Deutschen Bundestag vertreten. Liberale mit Rückgrat zeigen sich nicht in sonnigen Stunden, sondern vor allem in der Stunde der Not und in der Stunde der Herausforderung.

Ihr haltet deshalb das Antragsbuch zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen in Euren Händen. Zahlreiche Anträge aus den Kreisverbänden, von Einzelpersonen und Landesarbeitskreisen finden sich wieder, die wir in Hitzacker beraten werden.

Der Leitantrag des Landesvorstandes beschäftigt sich diesmal mit dem Thema Kulturpolitik. Wir werden darüber hinaus die inhaltliche und strategische Neuausrichtung der FDP im Rahmen dieses Landeskongresses in den Blick nehmen. Auch diesmal bitten wir Euch, Änderungsanträge wieder vor dem Kongress auf www.julis-niedersachsen.de einzureichen. Dies führt zu einer besseren Übersichtlichkeit für das Tagungspräsidium und für die Antragsteller und ermöglicht damit einen reibungsloseren Kongressablauf.

Ich freue mich auf die inhaltlichen Beratungen.

Im Namen des Landesvorstandes



(Landesprogrammatiker)

Eine kleine Einführung in den Kongressablauf

Rede-, antrags- und stimmberechtigt ist jedes Mitglied der Jungen Liberalen Niedersachsen. *Anträge* müssen innerhalb einer Frist von drei Wochen vor dem Landeskongress eingereicht werden.

Dringlichkeitsanträge können bis zum Kongressbeginn eingereicht werden. Damit der Antrag beraten werden kann, muss zu Beginn des Kongresses die Dringlichkeit festgestellt werden. Dies ist typischerweise dann der Fall, wenn sich nach Fristende Umstände ergeben, auf die der Antrag Bezug nimmt.

Das *Tagungspräsidium* wird zu Beginn des Kongresses gewählt, leitet den Kongress und ruft die einzelnen Tagesordnungspunkte und Redner auf.

Das reguläre *Antragsberatungsverfahren* läuft wie folgt ab:

- In der *ersten Lesung* hat der Antragsteller zunächst die Gelegenheit, den Antrag zu begründen. Danach erfolgt eine allgemeine Aussprache.
- In der *zweiten Lesung* werden nacheinander alle eingereichten Änderungsanträge beraten und in einer Aussprache diskutiert. Über jeden Änderungsantrag wird einzeln abgestimmt. Änderungsanträge unterliegen keiner Frist und können während des Kongresses jederzeit beim Tagungspräsidium eingereicht werden.
- In der *dritten Lesung* wird über den – ggf. in der zweiten Lesung geänderten – Gesamtantrag abgestimmt. Erhält der Antrag die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wird er Beschlusslage des Landesverbandes.
- *Wortmeldungen* nimmt das Tagungspräsidium (Aufzeigen mit dem Finger) entgegen. Das Präsidium führt eine Rednerliste.

Während der Debatten können durch Aufzeigen mit beiden Händen *Geschäftsordnungsanträge* (GO-Antrag) gestellt werden. Diese werden sofort nach Ende des aktuellen Redebeitrages aufgerufen. Der GO-Antrag gilt als angenommen, wenn keine Gegenrede erfolgt. Erfolgt eine Gegenrede oder eine „formale“ Gegenrede (kein Wortbeitrag), wird über den Antrag abgestimmt. Typische Geschäftsordnungsanträge sind:

- Antrag auf Schluss der Rednerliste
- Antrag auf sofortige Abstimmung (über einen Änderungsantrag oder den Gesamtantrag)
- Antrag auf Übergang in die zweite Lesung (während der ersten Lesung)
- Antrag auf Verweisung des Sachantrages (z.B. in einen Landesarbeitskreis zur Überarbeitung)
- Antrag auf Begrenzung der Redezeit (z.B. auf 3 Minuten)

Grundsätzlich können jederzeit *Zwischenfragen* an den Redner gestellt werden. Hierzu stellt man sich an ein Saalmikrofon und meldet sich. Das Präsidium fragt dann bei nächster Gelegenheit den Redner, ob er die Zwischenfrage zulassen möchte.

Für nähere Informationen findet ihr auf www.julis-niedersachsen.de/service/satzungen die *Geschäftsordnung für Landeskongresse* sowie die *Satzung des Landesverbandes*

Junge Liberale Niedersachsen e.V. · Walter-Giesecking-Str. 22 · 30159 Hannover

An alle Mitglieder der
Jungen Liberalen Niedersachsen e.V.

Einladung zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe JuLis, Freunde und Unterstützer,

hiermit lade ich im Namen des Landesvorstandes gemäß § 5 Abs. 3 unserer Satzung zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen e.V. am 16. und 17. November 2013 nach Hitzacker ein.

Nach der bitteren Niederlage bei der Bundestagswahl gilt es für uns JuLis nun, den Wiederaufbau der FDP mitzugestalten. Moderne Strukturen, transparente Entscheidungsprozesse und die Verbreiterung der nach außen kommunizierten Inhalte werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Erstes Etappenziel ist dabei die Europawahl im Frühjahr nächsten Jahres. Langfristig muss es aber darum gehen, die FDP für den Wiedereinzug in den 19. Deutschen Bundestag vorzubereiten.

Beim Landeskongress in Hitzacker werden wir die Weichen dafür stellen, die vor uns liegenden Herausforderungen gemeinsam anzugehen. Gerade jetzt brauchen wir engagierte Junge Liberale, die für ihre Überzeugungen kämpfen.

Ich freue mich auf Euch!

Viele Grüße

Euer



Niklas Drexler
Landesvorsitzender

Allgemeine Hinweise

Sachanträge müssen bis Freitag, den 25. Oktober 2013 um 24:00 Uhr beim Landesprogrammratiker Lars Alt (alt@julis.de), in der Landesgeschäftsstelle der Jungen Liberalen Niedersachsen (niedersachsen@julis.de) oder online über das Antragsformular auf www.julis-niedersachsen.de eingereicht werden. Das Antragsbuch wird den angemeldeten Teilnehmer rechtzeitig zwei Wochen vor dem Kongressbeginn zugesendet und im Vorfeld digital zur Verfügung gestellt.

Rede-, antrags- und stimmberechtigt ist jedes ordentliche Mitglied der Jungen Liberalen Niedersachsen.

Die Teilnahme am Kongress ist kostenlos, bei Bedarf sind Übernachtungen und Verpflegung zu erwerben. Mitgliedern erstatten wir Fahrtkosten von 0,05 € pro Kilometer ab der dem Landesverband bekannten Anschrift. Die Berechnung erfolgt entsprechend der Postleitzahl.

Minderjährige Teilnehmer/innen müssen eine Einverständniserklärung der Personensorgeberechtigten zur Teilnahme am Landeskongress an die Landesgeschäftsstelle der Jungen Liberalen Niedersachsen senden. Außerdem sind die Erziehungsaufgaben an eine vom Personensorge-berechtigten eingesetzte erziehungsbeauftragte Person zu übertragen. Beides ist mit dem vom Landesverband bereitgestellten Jugendschutzformular, welches auf www.julis-niedersachsen.de zu finden ist, möglich.

Hinweise zur Tagung und Unterbringung

Kongress und Übernachtung
Parkhotel Hitzacker
Am Kurpark 3
29456 Hitzacker

Vergünstigte Übernachtung
Jugendherberge Hitzacker
An der Wolfsschlucht 2
29456 Hitzacker

Doppelzimmer: 30€ pro Person und Nacht
Einzelzimmer: 54€ pro Person und Nacht

Mehrbettzimmer: 20€ pro Person und Nacht

Die Zimmer können online auf der Internetseite des Landesverbandes gebucht werden. www.julis-niedersachsen.de

Anmeldeschluss ist der 03. November 2013.

Kontakte

Organisation
Thomas Möhle
Stv. Landesvorsitzender für
Organisation

Mobil: +49 160 5558848
E-Mail: moehle@julis.de

Pressekontakt
Merret-Claire Hilger
Stv. Landesvorsitzende für
Pressearbeit

Mobil: +49 157 85301602
E-Mail: c.hilger@julis.de

Landesgeschäftsstelle
Junge Liberale Niedersachsen e.V.
c/o Marisa Beland
Heinrich-Jürgens-Haus
Walter-Giesecking-Str. 22
D-30159 Hannover
Tel.: +49 (0)511 280 7127
Fax.: +49 (0)511 280 7125
E-Mail: niedersachsen@julis.de

Tagesordnung

Samstag, 16. November 2013

09:00 Uhr: Beginn des Check-In

10:30 Uhr: Beginn des Kongresses

1. Eröffnung des Landeskongresses
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
3. Wahl eines Tagungspräsidiums und zweier Protokollanten
4. Ehrung der Verstorbenen
5. Genehmigung der Tagesordnung
6. Wahl einer Zählkommission
7. Festlegung der Antragsreihenfolge
8. Rede des Landesvorsitzenden der Jungen Liberalen Niedersachsen, Niklas Drexler, mit Aussprache
9. Rede des Landesvorsitzenden der FDP Niedersachsen, Dr. Stefan Birkner, mit Aussprache
10. Grußworte
11. Beratung des Leitantrages zum Thema Kulturpolitik
12. Antragsberatung

18:00 Uhr: Unterbrechung des Kongresses

20:00 Uhr: Kongressparty

Sonntag, 17. November 2013

10:00 Uhr: Fortsetzung des Kongresses

13. Fortsetzung der Antragsberatung
14. Beratung von Anträgen auf Änderung der Satzung, der Geschäftsordnung der Landeskongresse sowie der Landesbeitragsordnung
15. Nachwahlen zum geschäftsführenden Landesvorstand
16. Schlusswort des Landesvorsitzenden

15:00 Uhr Ende des Kongresses

Antragsübersicht

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen in Hitzacker

Leitanträge			
Nr.	Platz	Antragstitel	Antragsteller
001		Kulturelles Gedächtnis schärfen - Identität stiften	Geschäftsführender Landesvorstand
Innen, Recht & Sport			
Nr.	Platz	Antragstitel	Antragsteller
100		Rundfunkbeiträge: Mehrfachzahlungen abschaffen!	Kreisverband.net
101		Landes-Raumordnungsprogramm liberalisieren	KV Helmstedt
102		Wahlen für Menschen mit Einschränkung weiter fit machen	KV Heidekreis
103		Jagdrecht reformieren - Eigentum stärken	KV Braunschweig
104		Keine Vignetten auf deutschen Autobahnen	KV Braunschweig
105		Verfassungsschutz transparent umbauen	KV Braunschweig
106		Liberales Wäsche aufhängen	KV Hannover
Finanzen, Wirtschaft und Verkehr			
Nr.	Platz	Antragstitel	Antragsteller
300		Früher sicher unterwegs - ein neuer Weg zum Führerschein	Kreisverband.net
301		Gerechte Radarkontrollen	KV Heidekreis
302		Sicherheits- nicht einnahmenorientierte Verkehrsüberwachung	Northeim, Harburg-Land
Umwelt, Innovation & Infrastruktur			
Nr.	Platz	Antragstitel	Antragsteller
400		Infrastruktur sichern durch eine intelligente Maut	Osnabrück-Land
Soziales, Gesundheit & Verbraucherschutz			
Nr.	Platz	Antragstitel	Antragsteller
500		Arbeitsbedingungen optimieren Für gesunde Ärzte und gesunde Patienten!	Kreisverband.net

501		Erhöhung der Einkommensgrenze für Schüler/-innen aus ALG II-Bedarfsgemeinschaften	Junge Liberale Heidekreis
502		Mütterrente jetzt – alternativlos!	Osnabrück-Land
503		Prävention gegen pädophile Straftaten	Osnabrück-Land
504		Batterien mit Kapazität beschriften	Hardy Spiggelkötter

Europa & Internationales

<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
600		Perversen Rassismus abwehren - "Zwarte Piet" nicht verbieten!	Antragssteller: Caroline Covolo, Carolin Maedebach, Daniela Düvel, Matthias Lerbs
601		Steuerkriminalität bekämpfen. 500 und 200 Euro-Scheine abschaffen!	KV Heidekreis

Medien und Kultur

<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
700		Internet heißt Freiheit	Thomas Möhle

Satzung & Internes

<i>Nr.</i>	<i>Platz</i>	<i>Antragstitel</i>	<i>Antragsteller</i>
S.801		Satzung der Jungen Liberalen Niedersachsen e.V.	Geschäftsführender Landesvorstand
S.802		Satzungsänderungsantrag	Geschäftsführender Landesvorstand
S.803		Änderungsantrag zur Geschäftsordnung des Landeskongresses der Jungen Liberalen Niedersachsen	Kreisverband.net, KV Harburg-Land, KV Cloppenburg
S.804		Änderung der Landesbeitragsordnung	Geschäftsführender Landesvorstand
S.805		Änderung der Landesbeitragsordnung	Geschäftsführender Landesvorstand
S.806		Änderung der Landesbeitragsordnung	Geschäftsführender Landesvorstand
S.807		Liberaler Schlachtplan	Kreisverband Diepholz

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 001

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Kulturelles Gedächtnis schärfen - Identität stiften

2 I. Das liberale Kulturverständnis

3 Die gemeinsame Geschichte, gemeinsame Sprache, gemeinsame Tradition, gemeinsame
4 Wertvorstellungen, die Religion sowie Sitten und Bräuche bilden den Kitt, der unsere
5 Gesellschaft zusammenhält. Das Selbst- und Weltbild einer Nation wird hierbei durch das
6 kulturelle Erbe unzähliger Generationen maßgeblich mitbestimmt.

7 Liberale Kulturpolitik basiert hierbei vor allem auf der Gleichberechtigung vielfältiger kultureller
8 Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Deutschland. Die Grenzen werden
9 dabei von dem deutschen Grundgesetz und dem deutschen Rechtsstaat gesetzt. Liberale
10 Kulturpolitik bekennt sich zu einer pluralistischen Gesellschaft, zu kultureller Vielfalt und zu
11 Offenheit. Liberale Kulturpolitik macht es sich daher zur Aufgabe, die Freiheit der Kunst und
12 Kultur zu garantieren und allen Bürgern eine gleichberechtigte Teilhabe an Kultur zu
13 ermöglichen.

14 Deutschland war und ist das Land der Dichter und Denker. Kulturförderung und Kulturbetrieb ist
15 damit für die Jungen Liberalen auch ein Pfeiler deutscher Innovationskraft. Jeder Bürgerin und
16 jedem Bürger soll deshalb der Zugang zu der vielfältigen deutschen und niedersächsischen
17 Kulturlandschaft eröffnet werden. Der Galerie-, Museums-, Konzert-, Festival- oder
18 Theaterbesuch, das Schmökern in der örtlichen Bibliothek oder die abendliche Lektüre stiften
19 Identität und Zusammenhalt.

20 Für Junge Liberale stellt sich daher nicht die Frage ob wir Kultur fördern, sondern wie. Kunst-
21 und Kulturfreiheit prägen als Grundrecht das Verhältnis des Staates zur Kultur. Dies umfasst
22 nicht nur die Freiheit des Einzelnen von Zensur, sondern auch den Auftrag des Staates, Kunst
23 und Kultur im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten zu fördern.

24 Die deutsche Geschichte war und ist eine bewegende. Die deutsche Bevölkerung hat erlebt, wie
25 totalitäre Regime Kunst und Kultur zensierten und instrumentalisieren. Aus diesen historischen
26 Erfahrungen ergibt sich eine besondere staatliche Neutralitätspflicht und die politische
27 Wertschätzung kultureller Freiheit. Das Ziel liberaler Kulturpolitik ist deshalb der Erhalt und die
28 Fortentwicklung kultureller Identität. Alle Kulturgüter müssen hierbei den gleichen staatlichen
29 Schutz und den gleichen Zugang zu staatlichen Fördermaßnahmen erhalten.

30

31

32

33 **II. Kultur und Finanzen**

34 Niedersachsen verfügt über eine reiche Kulturlandschaft.

35 Mit über 1000 öffentlichen Bibliotheken, 1000 historischen, als Denkmäler eingetragenen Gärten
36 und Parks und rund 650 Museen verfügt Niedersachsen über ein einzigartiges kulturelles Erbe.

37 Vor dem Hintergrund des einleitend beschriebenen Kulturverständnisses erkennen die Jungen
38 Liberalen Niedersachsen an, dass es auch weiterhin Aufgabe des Staates ist,
39 Rahmenbedingungen und Grundlagen für das Entstehen kultureller Werke, für die Vermittlung
40 ihrer Inhalte und für die Pflege des kulturellen Erbes zu schaffen.

41 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern jedoch, dass die Kulturförderung, die
42 Kulturfinanzierung und der Kulturbetrieb auf eine neue finanzielle Grundlage gestellt werden.

43 **Kulturförderung**

44 Nach dem Kulturfinanzbericht 2010 gab die öffentliche Hand (Bund, Länder und Gemeinden)
45 insgesamt 8,5 Mrd. Euro für Kultur aus. Länder und Kommunen finanzieren davon den größten
46 Anteil. Das Land Niedersachsen hat im Jahr 2010 265 Mio. Euro für die Förderung von Kunst
47 und Kultur bereitgestellt – und liegt damit im bundesdeutschen Ländervergleich
48 (Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur) auf dem drittletzten Rang. Nach Auffassung der Jungen
49 Liberalen müssen vor allem Mischfinanzierungen minimiert werden, um transparente politische
50 Verantwortlichkeiten zu schaffen. Die Jungen Liberalen stehen hierbei für eine Ausgewogenheit
51 zwischen staatlicher Kulturförderung und dem Einsatz marktwirtschaftlicher
52 Finanzierungsinstrumente.

53 **Die Jungen Liberalen fordern:**

- 54 • die konkrete Festlegung der Förderkriterien und Förderungsbeträge durch das Parlament.
55 Die Kulturförderung bedarf folglich einer formellen gesetzlichen Grundlage, die Höhe und
56 Zweckbestimmung der Fördergelder festlegt.
- 57 • eine Kulturförderung, die eine ausgewogene institutionelle und projektbezogene
58 Förderung ermöglicht. Hierzu ist es erforderlich, die Förderhöhe – neben weiteren
59 Kriterien - nach den Nutzungszahlen der Kulturangebote auszurichten. Gleichzeitig muss
60 die Förderung vielfältiger und dezentraler Angebote gewährleistet werden.
- 61 • dass auch der Kulturetat einen angemessenen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung
62 leistet und anschließend eingefroren wird.
- 63 • die Ausweitung von öffentlich-privaten Partnerschaften im Kultursektor. Hierzu gilt es
64 einerseits die kulturwirtschaftlichen Potenziale zu nutzen und andererseits
65 projektbezogene öffentlich-private Stiftungsinitiativen anzustoßen.
- 66 • den verstärkten Abruf von Fördermitteln aus dem Europäischen Fonds für regionale
67 Entwicklung (EFRE) für die Modernisierung kultureller Infrastruktur. Darüber hinaus ist
68 eine engere Kooperation zwischen den Akteuren der niedersächsischen
69 Kultureinrichtungen und der Tourismusbranche erforderlich.
- 70 • die Auflage von kreativwirtschaftlichen Förderprogrammen durch eine enge Verknüpfung
71 von Wirtschafts- und Ansiedlungsförderung, des Städtebaus, Gründerhäusern und
72 Wirtschaftsinitiativen. Die Zwangsabgabe für Unternehmen in die Künstlersozialkasse
73 lehnen die Jungen Liberalen ab. Zudem sollte der Bürokratieabbau vorangetrieben und
74 umfassende Ausnahmeregelungen vom Lärmschutzgesetz z.B. für Clubbetreiber
75 geschaffen werden.

77 **III. Kulturelle Bildung**

78 Für die Jungen Liberalen ist kulturelle Bildung der Schlüssel zur Teilhabe am
79 künstlerisch-kulturellen Geschehen der Gesellschaft und damit ein integratives Element für
80 Menschen jeden Alters und jeder Herkunft.

81 Kulturelle Bildung ist ein wesentlicher Bestandteil der Persönlichkeitsentwicklung. Künstlerische
82 Methoden bereichern die Fähigkeit zu interdisziplinärem und innovativem Denken.

83 Musische, künstlerische und kulturelle Bildungsarbeit muss hierbei nach Auffassung der Jungen
84 Liberalen bereits im frühkindlichen Alter ansetzen, um Talente zu entdecken bzw. zu fördern und
85 um Chancengerechtigkeit zu garantieren. Darüber hinaus sind auch Bildungsangebote zu
86 schaffen, die Erwachsenen ein lebenslanges Lernen ermöglichen.

87 **Kulturelle Schulbildung**

88 Die kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche sollte sich insbesondere auf die Schule
89 konzentrieren, da sie Kinder und Jugendliche aller Bildungsschichten gleichermaßen erreicht.
90 Nach den liberalen Grundsätzen der eigenverantwortlichen Schule steht es den Schulen
91 grundsätzlich offen, wie sie kulturelle Bildung im Schulalltag angemessen vermitteln. Politik und
92 Verwaltung können und sollen jedoch Rahmenbedingungen schaffen, um die Schulen sinnvoll
93 zu unterstützen. Im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule sollen die Schulen auch ein
94 eigenes Budget erhalten, um entsprechende Schwerpunktförderungen vornehmen zu können.
95 Nach Auffassung der Jungen Liberalen sollten Kunst und Musik in
96 Kinderbetreuungseinrichtungen und vor allem in der Grundschule einen eigenständigen
97 Unterrichtszeitraum einnehmen. Ab der 5. Schulklasse sollte Darstellendes Spiel als alternatives
98 Wahlfach angeboten werden. Ist in entsprechenden Jahrgangsstufen epochaler Unterricht
99 vorgesehen, sollte Kunst und Musik halbjährlich unterrichtet werden.

100 **Musikschulen**

101 Für die musische Ausbildung sind die 74 kommunal und frei getragenen Musikschulen mit fast
102 80.000 Schülerinnen und Schülern in Niedersachsen essentiell. Hierbei gilt es Kooperation wie
103 z.B. das Projekt "Wir machen die Musik" und "Jedem Kind ein Instrument" mit Grundschulen und
104 Kinderbetreuungseinrichtungen auszubauen, um Kindern unabhängig vom sozialen Hintergrund
105 den Zugang zu Musikinstrumenten zu ermöglichen. Insbesondere in diesem Bereich sollte, vor
106 allem vor dem Hintergrund langer Wartelisten in den meisten Musikschulen, das Förderbudget im
107 Musikschulbereich nicht reduziert werden. Deshalb sollten auch die acht niedersächsischen
108 Berufsorchester und die Landesmusikakademie in Wolfenbüttel beibehalten werden.
109 Insbesondere für Musikschullehrer gilt es die beruflichen Rahmenbedingungen zu verbessern.

110 **Hochschule**

111 Spezielle Hochschulen für Mode & Design, Schauspielkunst, Journalismus, Literatur und Musik
112 leisten einen wichtigen Beitrag zur Vielfältigkeit der Hochschullandschaft.

113 Die Jungen Liberalen setzen sich daher für den Ausbau kreativer Studiengänge an Hochschulen
114 in Niedersachsen ein. Sowohl staatliche als auch private Hochschulen dienen als Bildungs-,
115 Diskurs- und Entwicklungsstätten. Die Hochschule für Bildende Künste in Braunschweig oder die
116 Hochschule für Musik, Theater und Medien in Hannover zeigen, dass ein entsprechender Bedarf
117 vorhanden ist.

118 **Erwachsenenbildung und Kulturdialog**

119 Kinder und Jugendliche sind in aller Regel über schulische Projekte leichter zu erreichen, als
120 Erwachsene. Deshalb sollten nach Auffassung der Jungen Liberalen insbesondere Angebote der
121 Erwachsenenbildung und Angebote des kulturellen Dialogs erweitert und beworben werden. Vor

122 allem Projekte für Erwachsene mit Migrationshintergrund existieren kaum.
123 Künstlerisch-musische, aber auch Sportprojekte weisen häufig keine Sprachbarriere auf und sind
124 damit geeignet, auch Migranten mit unzureichenden Deutschkenntnissen in das gesellschaftliche
125 Leben zu integrieren, Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenzubringen und Träger
126 für Toleranz und interkulturelles Verständnis zu sein – was insbesondere in sozialen
127 Brennpunkten von großer soziokultureller Bedeutung sein kann.

128 **Die Jungen Liberalen fordern:**

- 129 • dass Kinder und Jugendliche mit bedürftigem familiärem Hintergrund zwischen dem 5.
130 und 18. Lebensjahr jeweils einen Bildungsgutschein erhalten, mit dem sie ein
131 Musikinstrument an einer Musikschule lernen, an Unterricht zu darstellendem Spiel,
132 bildender Kunst oder anderer kultureller Bildungsangebote teilnehmen können. Der
133 Bildungsgutschein sollte auch für eine Vereinsmitgliedschaft verwendet werden dürfen
134 und sich beim Gegenwert an der Einkommenssituation der Eltern orientieren.
- 135 • dass öffentliche geförderte Bibliotheken, Museen und Kunstgalerien für Minderjährige
136 grundsätzlich kostenfrei sind. Öffentlich geförderte Theater, Konzerte und Opern sollen
137 ein gewisses Platzkartenkontingent für Jugendliche zu deutlich reduzierten Preisen
138 anbieten.
- 139 • mittels gymnasialer Kooperationsangebote Kunst und Musik als Kurs auf erhöhtem
140 Anforderungsniveau in der Profiloberstufe mindestens in einem Oberstufenkurs pro
141 Landkreis oder kreisfreier Stadt anzubieten.
- 142 • die Schaffung einer zentralen Datenbank für Kooperationsprojekte zwischen Schulen und
143 kulturellen Trägerschaften.
- 144 • die drastische Ausweitung der Schreib- und Leseförderung für Kinder und Jugendliche.
145 Die aktuellsten Bildungstests zeigen, dass insbesondere in der sprachlichen
146 Früherziehung Verbesserungsbedarf besteht.
- 147 • eine vielfältige niedersächsische Hochschullandschaft, die sich kreativen Fachrichtungen
148 öffnet. Hierbei soll beispielsweise die Einführung eines interdisziplinären,
149 praxisorientierten Studienganges Kreativwirtschaft geprüft werden.
- 150 • die Künstlerförderung des Landes Niedersachsen in Form von Stipendien (z.B. in
151 Worpsswede) zu erhalten.
- 152 • die Kooperationen von Volkshochschulen mit Kulturinstitutionen zu intensivieren. Die
153 Teilnahme- und Kursgebühren für derartige Angebote sollten möglichst gering gehalten
154 werden und Freistellungsmöglichkeiten bei finanzieller Bedürftigkeit vorsehen. Hierzu gilt
155 es auch niederschwellige Integrationsprojekte mit dem Ziel des Kulturdialogs
156 auszubauen.
- 157 • dass die Träger deutscher Kultur im Ausland, die maßgeblich zu einem aktiven Begegnen
158 und gegenseitigen Verständnis auf internationaler Ebene beitragen, wie das
159 Goethe-Institut oder auch die deutschen Auslandsschulen, weiterhin staatliche
160 Unterstützung erhalten. Ein Dialog der Kulturen ist grundlegendes Fundament für das
161 Zusammenwachsen innerhalb Europas und der Welt.

164 **IV. Kultur und Recht**

165 Der föderale Staat gestaltet Kulturpolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Das
 166 Grundgesetz schützt die Freiheit der Kunst und sichert den Ländern die Kulturhoheit zu. In der
 167 niedersächsischen Landesverfassung ist die Förderung von Kunst und Kultur verankert. Die
 168 Jungen Liberalen stehen hierbei für transparente finanzpolitische Verantwortlichkeiten und eine
 169 möglichst subsidiäre Kulturpolitik.

170 **Kommunalpolitik – Ländlicher Raum**

171 Für die Jungen Liberalen ist es in dem Flächenland Niedersachsen von essentieller Bedeutung,
 172 möglichst vielen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu eröffnen. Hierfür ist es wichtig,
 173 möglichst kommunale und niedrigschwellige Kulturangebote zu schaffen. Die Kulturangebote
 174 einer Kommune gehören zu den sogenannten freiwilligen Leistungen. Deshalb halten es die
 175 Jungen Liberalen für geboten, im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit die kulturellen
 176 Angebote regional zu bündeln. Nur so lassen sich langfristig flächendeckende Kulturangebote
 177 beibehalten. Gleichzeitig kann dann der Auftrag zur kulturellen Bildung in den
 178 Haushaltssicherungskonzepten integriert werden.

179 **Denkmalschutz – Erschließung, Schutz und Pflege von Kulturgütern**

180 Denkmalpflege, Archäologie, Gedenkstätten und Archive - Niedersachsen verfügt über ein
 181 vielfältiges kulturelles Erbe. Der Denkmalschutz muss hierbei den Spagat zwischen
 182 Wirtschaftlichkeit und Erhalt kulturellen Erbes schaffen. Hierbei ist der weitgehende Eingriff in
 183 private Eigentumsrechte für die Jungen Liberalen in vielen Einzelfällen nicht mehr hinnehmbar.
 184 Instandsetzungsvorhaben von denkmalgeschützten Objekten müssen daher liberalisiert werden.

185 **Urheberrecht**

186 Der gegenseitige Respekt vor geistigen Leistungen hat für die Jungen Liberalen einen hohen
 187 Stellenwert. Wir halten es allerdings für notwendig, dass das bestehende Urheberrecht reformiert
 188 wird. Besondere Relevanz erhält geistiges Eigentum im Bereich staatlicher Bildung und
 189 Forschung. So werden beispielsweise an staatlichen Universitäten erstellte Lehrmaterialien und
 190 Forschungsergebnisse aus Steuermitteln finanziert. Trotzdem stehen sie meist nur den
 191 Studenten der jeweils aktuellen Lehrveranstaltung bzw. den beteiligten Forschern zu Verfügung.
 192 Die Jungen Liberalen stehen jedoch für einen freien Zugang zu staatlich finanzierten Bildungs-
 193 und Kulturerzeugnissen.

194 **Sprachpolitik**

195 Amts- und Arbeitssprache in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union ist
 196 und bleibt Deutsch. Die Deutsche Sprache sollte zudem nach Auffassung der Jungen Liberalen
 197 auch Amts- und Arbeitssprache der UN werden. Die Jungen Liberalen wollen, dass Englisch als
 198 1. Fremdsprache in den Kindergärten eingeführt und ab der 1. Grundschulklasse fortgesetzt wird.
 199 Eine zweite Fremdsprache soll ab der 5. Klasse ausgewählt werden. Die skandinavischen Länder
 200 können für die frühkindliche Fremdsprachenausbildung als Vorbild dienen. Zudem gilt es
 201 beispielsweise die deutschen und niedersächsischen Regional- und Minderheitensprachen sowie
 202 Mundarten weiter lebendig zu halten und durch Sprachprojekte zu begleiten. Niedersachsens
 203 Literaturlandschaft verbindet Tradition und Innovation. Die aktive Literaturszene mit zahlreichen
 204 jungen Autoren, Poetry-Slams, Literaturkreisen, niedersächsischen Verlagen und
 205 Buchhandlungen gilt es durch Förderstipendien und ein angemessenes Bibliotheksnetz
 206 weiterzuentwickeln.

207 **Bürgerschaftliches Engagement**

208 Mit der Freiwilligendienstreform wurde ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung für eine
 209 Gesellschaft getan, die nicht nur immer älter, sondern auch immer aktiver wird.

210 Bürgerschaftliches Engagement ist für die Jungen Liberalen eine der tragenden Säulen in der
211 Kulturpolitik. Allerdings müssen finanzielle und organisatorische Kooperationen zwischen
212 Bürgerinitiativen, Wirtschaft und Stiftungen stärker fokussiert werden. Das Gründerprogramm für
213 (Sozial-)Unternehmen leistet hierfür einen ersten wichtigen Schritt.

214 **Die Jungen Liberalen fordern:**

- 215 • die Abschaffung der Buchpreisbindung.
- 216 • im Rahmen von interkommunaler Zusammenarbeit die kulturellen Angebote regional zu
217 bündeln.
- 218 • eine Liberalisierung des Denkmalschutzes. Auflagen zur Sanierung privaten Eigentums
219 sollten sich stärker an wirtschaftlichen Kriterien mit dem Ziel des Eigentümerschutzes
220 orientieren, ohne dabei kulturelles Erbe zu verlieren.
- 221 • dass alle Begleitmaterialien zu Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften, Seminaren und
222 sonstigen Lehrveranstaltungen an Hochschulen frei zugänglich gemacht werden.
- 223 • den Erhalt des Instituts für Niederdeutsche Sprache, die Projektförderung von
224 niedersächsischen Regional- und Minderheitensprachen und die Integration von
225 sprachbezogenen Arbeitsgemeinschaften in allen Schulformen (z.B. Plattdeutsch).
- 226 • eine progressive deutsche Sprachpolitik nach außen und eine frühkindliche
227 Fremdsprachenausbildung nach innen.

228 **V. Medien in der Kulturlandschaft**

229 Der Aufbruch in die digitale Gesellschaft verändert auch unsere Kulturlandschaft. Staat und
230 Politik muss sich durch rechtliche Anpassungen aufgeschlossen zeigen. Die Jungen Liberalen
231 stehen für eine moderne Medienpolitik, die offen gegenüber Innovationen ist und den
232 Bürgerinnen und Bürgern die Kompetenz vermittelt, Medien ihren eigenen Bedürfnissen
233 entsprechend gewinnbringend zu nutzen. Medienkunde, Mediennutzung, Mediengestaltung und
234 Medienkritik müssen hierbei gleichberechtigt berücksichtigt werden.

235 Die Meinungs- und Pressefreiheit sind grundlegende liberale Werte, die es ohne staatliche
236 Zensur zu schützen gilt. Die digitale Gesellschaft schafft neue Chancen, stellt aber die Politik,
237 den Staat, die Wirtschaft und die Gemeinschaft vor ganz neue Herausforderungen.

238 **Die Jungen Liberalen fordern:**

- 239 • dass die Landesregierung Rahmenverträge mit der GEMA für Kinderbetreuungsstätten
240 abschließt. Das gemeinsame Musizieren ist ein wesentlicher Bestandteil der
241 pädagogischen Konzepte in Kinderbetreuungseinrichtungen. Singen verbindet, Musik ist
242 international und vereint Menschen somit auch über sprachliche Grenzen hinweg. Damit
243 leistet Gesang und Musik auch einen wichtigen Beitrag zur Integration, der durch die
244 Forderung der GEMA, dass Einrichtungen, in denen Kinder betreut werden, für das
245 Kopieren von Liedtexten und Noten sowie das öffentliche Vortragen der Musikstücke
246 Gebühren entrichten sollen, gefährdet wird.
- 247 • die Aufhebung des Depublikationszwanges von Beiträgen auf den Internetseiten
248 öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten. Beiträge, die mit Geldern der öffentlichen

249 Finanzierung erstellt wurden, sollten generell so lange wie möglich im Internet abrufbar
250 sein.

251 • die Kennzeichnung von Printmedien, an denen politische Parteien einen Anteil von über 5
252 % halten. Die Kennzeichnung erfolgt mit dem Namen der politischen Partei und der Höhe
253 der prozentualen Kapitalbeteiligung auf der ersten Seite der Publikation, denn die
254 mediale Kulturlandschaft der Zukunft muss transparent sein.

255 • die Ablehnung des Leistungsschutzrechts für Presseerzeugnisse. Die aktuellen
256 Bestimmungen zum Urheber- und Zitatrecht reichen aus, um reine
257 Urheberrechtsverletzungen zu ahnden, ohne Möglichkeiten moderner Internetdienste
258 nachhaltig einzuschränken oder zu gefährden.

259 • das digitale Amt, den papierlosen Rat, den online-gestützten Bürgerhaushalt und den
260 Live-Stream von öffentlichen Ausschusssitzungen sowie von kommunalen Ratssitzungen
261 als Anstoßstein für eine neue politische Kultur im digitalen Zeitalter zu nehmen.

262 • die rechtliche Grauzone im Rundfunkstaatsvertrag, wonach ein Livestream mit mehr als
263 500 parallelen Zuschauern als Rundfunk gewertet wird, zu beseitigen.

264 **Begründung**

265 Die Begründung erfolgt mündlich.

266 *Gültigkeit: 10 Jahre*

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 100

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Kreisverband.net

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Rundfunkbeiträge: Mehrfachzahlungen abschaffen!**

2 Die Jungen Liberalen fordern die Abschaffung doppelter und mehrfacher Rundfunkbeiträge, die
3 nach geltendem Recht fällig werden, wenn jemand mehrere Wohnsitze hat und dadurch mehrere
4 eigene Haushalte führt. Die Zweitwohnung und jeder weitere Haushalt derselben Person,
5 desselben Paares oder derselben Familie sollen beitragsfrei sein.

6 Ebenso fordern die Jungen Liberalen, zusätzliche Rundfunkbeiträge, die an andere Dinge als an
7 die Haushaltsführung anknüpfen und die deshalb viele Beitragszahler mehrfach belasten,
8 abzuschaffen. Zu denken ist hier an die Rundfunkbeiträge für Mietwagen oder Hotelzimmer.

9 **Begründung:**

10 Der seit 1.1.2013 geltende "Rundfunkbeitrag", der die alte "Rundfunkgebühr" abgelöst hat, gilt
11 nun "haushaltsbezogen" und unabhängig vom Gerätebesitz. Das heißt einerseits, dass jeder
12 Haushalt nur noch einen Beitrag zahlt, auch wenn z.B. volljährige Kinder bei ihren Eltern wohnen
13 und dort einen eigenen Fernseher haben (bisher wurden dann eigene Beiträge der Kinder fällig).

14 Andererseits bedeutet "haushaltsbezogen" aber auch: Wer zwei oder mehrere Haushalte führt,
15 d.h. beispielsweise eine (von den Eltern unabhängige) Erst- und Zweitwohnung hat, muss
16 weiterhin doppelt oder mehrfach bezahlen.

17 Da inzwischen nicht mehr nur das Einwohnermeldeamt, sondern seit dem 1.1.2013 auch
18 Vermieter und Hausverwalter verpflichtet sind, Informationen über alle Bewohner eines Hauses
19 an den Beitragsservice weiterzugeben, strebt dieser nun eine lückenlose Erfassung auch von
20 Zweitwohnungen an und stellt den Bewohnern, auch soweit sie bereits für ihre Erstwohnung
21 Beiträge zahlen, automatisch entsprechende Mehrfachbeiträge fällig.

22 Da man jedoch nur an einem Wohnort zur gleichen Zeit fernsehen oder Radio hören kann,
23 zumindest solange die Zeitmaschine noch nicht erfunden ist, ist es nicht einsehbar, dass
24 mehrfache Rundfunkbeiträge entrichtet werden sollen, nur weil jemand, zum Beispiel aus
25 beruflichen Gründen, zwischen mehreren Wohnsitzen pendelt.

26 Ähnliches gilt für Rundfunkbeiträge für Hotelzimmer oder Mietwagen, da die Hotelgäste bzw.
27 Fahrzeugmieter ebenfalls schon über ihren Wohnhaushalt Beiträge zahlen. Daher ist es
28 unverständlich, dass sie über die Zimmer- oder Wagenmiete nochmals bezahlen müssen.

29 *Sunsetklausel: Die beantragte Gültigkeitsdauer dieses Antrags beträgt 10 Jahre.*

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 101

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: KV Helmstedt

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Landes-Raumordnungsprogramm liberalisieren

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern eine umfassende Liberalisierung des niedersächsischen Landes-Raumordnungsprogramms.

Das Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) basiert auf einer Verordnung aus dem Jahr 1994 und trifft verbindliche Aussagen zu raumbedeutsamen Nutzungen und deren Entwicklungen, um die oftmals widerstreitenden wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ökologischen Interessen in der Raumordnung aufeinander abzustimmen.

Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern insbesondere eine Neuregelung des Abschnitts 2.3. zur Entwicklung der Versorgungsstrukturen in Niedersachsen. Das Beeinträchtigungsverbot sowie das Kongruenz- Integrations- und Konzentrationsgebot sind abzuschaffen, um eine weitere Bevormundung der Kommunen durch Träger der Regionalplanung (z.B. Großraumverbände) zu verhindern.

Nach Auffassung der Jungen Liberalen Niedersachsen müssen diese Entscheidungskompetenzen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung auf die kommunale Ebene verlagert und damit subsidiär umgesetzt werden.

16 Begründung:

Derzeit müssen die Verkaufsfläche und das Warensortiment von Einzelhandels(groß)projekten der zentralörtlichen Versorgungsfunktion und dem Verflechtungsbereich des jeweiligen zentralen Ortes entsprechen. Gleichzeitig sind neue Einzelhandels(groß)projekte nur innerhalb des zentralen Siedlungsgebietes des jeweiligen zentralen Ortes zulässig. Zusätzlich sind dabei neue Einzelhandels(groß)projekte, deren Kernsortimente innenstadtrelevant sind, nur innerhalb der städtebaulich integrierten Lagen zulässig - und selbst bei nicht innenstadtrelevanten Kernsortimenten ist eine Genehmigung an deutlich zu hohe Vorgaben (z.B. hinsichtlich der Begrenzung der Gesamtverkaufsfläche) geknüpft.

Diese Verordnungsbestandteile sind nicht nur aus wirtschaftspolitischen Standpunkten fragwürdig, sondern sie führen auch zu einem erheblichen Wettbewerbsnachteil, vor allem für die niedersächsischen Mittelzentren.

Eine politische Jugendorganisation des Wettbewerbs und der Marktwirtschaft muss sich auch als solche programmatisch gerieren.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 102

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: KV Heidekreis

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Wahlen für Menschen mit Einschränkung weiter fit** 2 **machen**

3 Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich dafür ein, das der Prozess des Wählens weiter
4 für Menschen mit Einschränkung erleichtert wird.

5 Dafür fordern wir, dass Wahlzettel zu Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen mit Bildern
6 der Kandidaten und den Logos, der zur Wahl stehenden Parteien, versehen werden. So wird das
7 selbstständige und freie Wählen auch für Analphabetiker ermöglicht.

8 Zudem fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen die FDP in Niedersachsen und im Bund
9 dazu auf, Kurzwahlprogramme als Audio-CD für Sehbehinderte und Menschen mit
10 Leseschwächen, in Gebärdensprache in Form eines Videos für Gehörlose und in sehr einfacher
11 Sprache anzubieten.

12 Begründung:

13 *Erfolgt mündlich*

14 Gültigkeit:

15 *10 Jahre*

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 103

**66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013**

Antragsteller: KV Braunschweig

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Jagdrecht reformieren - Eigentum stärken

2 Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für eine weitere Reform des Jagdrechts ein.
3 Die bisherige Reform hat es Grundstückseigentümern zwar ermöglicht die Jagd auf ihrem
4 Grundstück einzuschränken, allerdings nur, wenn eine Anhörung stattfand. Für uns Liberale steht
5 das Eigentumsrecht höher als das Jagdrecht und ein Eigentümer soll die Jagd auf seinem
6 Grundstück ohne Anhörung und Angabe von Gründen verbieten dürfen. Wir fordern daher eine
7 Gesetzesänderung, die die Rechte von Grundstückseigentümern schützt.

8 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 104

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: KV Braunschweig

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Keine Vignetten auf deutschen Autobahnen

- 2 Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich gegen die Einführung von
3 Autobahnvignetten oder anderen Pauschalabgaben zur Nutzung deutscher Autobahnen für
4 PKWs aus. Es sei denn sie ist für den Bürger kostenneutral gegenfinanziert.

- 5 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 105

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: KV Braunschweig

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Verfassungsschutz transparent umbauen

2 Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für ein stärkere parlamentarische Kontrolle des
3 niedersächsischen Verfassungsschutzes ein. Der Verfassungsschutz muss reformiert und
4 transparenter werden, es darf keine Vernichtung von wichtigen Akten, ohne Überprüfung, oder
5 anlasslose Überwachung von Journalisten und Politikern geben. Das Parlament muss über
6 wichtige Vorgänge und Personalentscheidungen informiert werden.

7 Sunset-Klausel: 5 Jahre

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 106

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: KV Hannover

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Liberales Wäsche aufhängen

- 2 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Streichung des
- 3 Paragraphen 6 Abs. 1 des Sonn- und Feiertagsgesetz.

4 Begründung:

- 5 Erfolg Mündlich

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 300

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Kreisverband.net

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Früher sicher unterwegs - ein neuer Weg zum Führerschei**

2 Die Jungen Liberalen KV Net setzen sich für ein nach den Fähigkeiten und Bedürfnissen des
3 Fahrschülers gestaltetes Fahrenlernen ein.

4 Generell sollte das Mindestalter zum Erwerb des Führerscheins der Klasse B auf 16 Jahre herab
5 gesetzt werden. Die anschließende zweijährige Probezeit wird gemäß den derzeit geltenden
6 Regeln wie etwa der 0,0-Promille-Grenze beibehalten.

7 Die Sonderfahrten Nacht, Autobahn und Überland á jeweils 1 Stunde sollen als Pflicht bestehen.
8 Die Zahl der Übungsstunden ist an das Lerntempo des Prüflings anzupassen, sodass der
9 Prüfling eine individuelle Anzahl an Übungsstunden zu absolvieren hat, bis die
10 Prüfungstauglichkeit erreicht ist. Dabei ist vom Fahrlehrer zu beachten, dass grundlegende
11 Kenntnisse wie das Anfahren, Parken und Wenden auf Verkehrsübungsplätzen mit
12 entsprechender Begleitperson erlernt werden können und nicht durch den Fahrlehrer vermittelt
13 werden müssen. Die abschließende praktische Prüfung soll erhalten bleiben.

14 Die theoretischen Pflichtstunden sollen abgeschafft werden. Ersetzt werden diese Pflichtstunden
15 durch ein computergestütztes Theoriesystem, bei dem man eine Mindestanzahl an Punkten
16 erreichen muss. In diesem Programm muss der Nutzer nachweisen, dass er sich in allen
17 entscheidenden Bereichen wie Vorfahrt, Verkehrszeichen, Geschwindigkeit/Bremsweg/
18 Mindestabstand und Technik hinreichend auskennt. Das theoretische Wissen sollte auch
19 Situationen wie das Fahren auf Parkplätzen, in Tiefgaragen und in Parkhäusern beinhalten.

20 Das computergestützte Theoriesystem wird durch ein interaktives Pflichtseminar ergänzt. Die
21 theoretische Prüfung kann durch die mündliche Befragung des Prüfers ersetzt werden, sofern
22 der Prüfling dies wünscht.

23 Zudem setzen sich die Jungen Liberalen für mehr Markt unter den Prüfern ein und halten viele
24 der heutigen Mindestanforderungen für unsachgemäß hoch. Konkret fordern wir:

- 25 • Anstelle des Mindestalters von 24 Jahren eine Mindestfahrpraxis von 6 Jahren
- 26 • Kein Abgeschlossenes Studium mehr als Bedingung
- 27 • Besitzpflicht aller Fahrerlaubnisklassen außer der Klasse D sollte bestehen bleiben
- 28 • Mindestens sechsmonatiger Lehrgang mit Abschlussprüfung
- 29 • Eine Anstellung an einer Technischen Prüfstelle soll nicht weiter obligatorisch sein, um
- 30 hier den Markt zu öffnen.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 301

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: KV Heidekreis

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Gerechte Radarkontrollen

2 Die Jungen Liberalen Niedersachsen sprechen sich für gerechtere Geschwindigkeitskontrollen
3 auf niedersächsischen Straßen aus.

4 Dazu fordern wir die Errichtung von Warnschilder vor fest installierten
5 Geschwindigkeitsmessenanlagen und die Legalisierung von sog. POI-Warnern (Geräte zur
6 Warnung vor Radarfallen mit Ankündigungsfunktionen)

7 Begründung:

8 *Erfolgt mündlich*

9 Gültigkeit:

10 *10 Jahre*

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 302

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Northeim, Harburg-Land

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Sicherheits- nicht einnahmenorientierte** 2 **Verkehrsüberwachung**

3 Die jungen Liberalen Niedersachsen fordern, dass Verwarngelder, die im Rahmen der
4 Verkehrsüberwachung durch Landes- oder Kommunalbehörden festgesetzt werden, nur noch in
5 jener Höhe in die Kassen der betreffenden Behörden fließen, die zur Deckung der unmittelbaren
6 Kosten der Überwachungsmaßnahme benötigt wird. Anfallende Überschüsse sind an
7 gemeinnützige Vereine zu spenden.

8 Begründungen:

9 erfolgt mündlich

10 Gültigkeit:

11 10 Jahre

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 400

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Osnabrück-Land

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Infrastruktur sichern durch eine intelligente Maut

2 Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

3 Das deutsche Straßennetz bildet den Hauptverkehrsträger in unserer Europäischen Union. Da
4 unsere Infrastruktur als zentrales Kreuz zwischen Ost- und West- sowie Nord- und Südeuropa
5 fungiert, fordern die Jungen Liberalen die langfristige Sicherung der Qualität unserer Straßen
6 durch

7 die Verursacher. Aus diesem Grund fordern die Jungen Liberalen Niedersachsen die Einführung
8 einer KFZ-Maut. Darüber hinaus muss die KFZ-Steuer parallel abgeschafft werden. Durch den
9 Kauf einer Vignette ist der KFZ-Halter berechtigt, die deutschen Autobahnen zu benutzen.

10 Dabei soll der Preis der Jahres-Vignette unter Berücksichtigung von Hubraum und Gewicht in
11 drei

12 verschiedene Kategorien eingeteilt werden. Die Einnahmen, die durch die Vignette und der LKW-
13 Maut erwirtschaftet werden, sollen zweckgebunden für Investitionen in den Straßenbau
14 verwendet

15 werden. Bei Fahrzeugen über 7,5 t greift die LKW-Maut.

16 Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 500

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Kreisverband.net

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Arbeitsbedingungen optimieren Für gesunde Ärzte und** 2 **gesunde Patienten!**

3 Die Jungen Liberalen KV Net setzen sich für eine flächendeckende und hochwertige
4 medizinische Versorgung ein. Ein Problem sehen wir Liberale in der steigenden Anzahl an
5 Todesfällen und Schädigungen von Patienten, insbesondere bei der stationären
6 Behandlung. Insbesondere Chirurgen, aber auch andere Klinikärzte sehen sich zunehmend einer
7 höheren Arbeitsbelastung ausgesetzt sowohl die Zahl der Eingriffe steigt, als auch die dadurch
8 zu verrichtende Bürotätigkeit. Folgen dieser Arbeitsbedingungen sind nicht nur zu wenig Zeit zum
9 Ausgleich wie etwa für Familie, Freunde und Privatleben, sondern auch und vor allem die hohe
10 psychische wie auch physische Belastung. Diese führt nicht nur dazu, dass die Qualität von
11 Behandlungen sinkt, sondern auch zu vermeidbaren Fehlern mit teils gravierenden Folgen.

12 Für die Jungen Liberalen KV Net ist es unerlässlich die Versorgung von Patienten und das
13 Leistungsvermögen eines jeden Arztes sowie eine entsprechende Vergütung miteinander
14 in Einklang zu bringen. Die Arbeitsbedingungen für Klinikärzte mit hoher zeitlicher
15 Beanspruchung müssen dementsprechend neu und umgestaltet werden, sodass die Versorgung
16 der Patienten gesichert ist, ohne ein zumutbares Arbeitspensum für Ärzte zu überschreiten.
17 Außerdem fordern wir an der Leistung und Verantwortung orientierte Löhne.

- 18 • Bei einer gerechten Vergütung müssen einige besonders zeitintensive Tätigkeiten wie
19 Dokumentationsarbeiten und Weiterbildungen besonders berücksichtigt werden. Wir
20 fordern die Tarifparteien auf, sich künftig verstärkt um Korrekturen in diesem Bereich zu
21 kümmern.
- 22 • Des Weiteren werden die staatlichen Krankenhäuser dazu aufgefordert die tatsächlich
23 geleisteten Arbeitszeiten zu verzeichnen. Die rechtlichen Auflagen zur Arbeitszeit dürfen
24 nicht durch unvollständige Erfassung ausgehebelt werden. Daher ist auch eine
25 effizientere Kontrolle der Einhaltung des Arbeitszeitgesetzes durch die zuständigen
26 Aufsichtsbehörden ratsam. Überstunden müssen voll ausgeglichen werden und die
27 rechtlichen Arbeitszeitregelungen müssen eingehalten werden. Andernfalls kann eine
28 physische und/oder psychische Überlastung des Arztes zu einer Gefährdung der
29 Patienten führen zum Beispiel durch schwerwiegende Behandlungsfehler.
- 30 • Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Junge Liberale ein wesentliches Gut, dass
31 allen Arbeitnehmern garantiert werden sollte.
- 32 • Die Jungen Liberalen KV Net fordern daher mit öffentlichen Mitteln finanzierte Klinikträger
33 dazu auf Arbeitszeiten verlässlich und planbar zu gestalten, Arbeitszeitenden einzuhalten
34 bzw. einhalten zu lassen und die Einteilung zum Bereitschaftsdienst pro Monat zu

35 begrenzen. Die Einteilungen zu Bereitschaftsdiensten muss frühzeitig erfolgen, damit
36 dem Arbeitnehmer eine Planungssicherheit gewährleistet wird.

- 37 • Es muss sichergestellt werden, dass Bereitschaftsdienste nicht zu regulärer Vollarbeit
38 werde
- 39 • Im Angesicht einer gewünschten Verbesserung der Arbeitsbedingungen muss der
40 Ärztemangel nicht nur auf dem Land, sondern auch an deutschen Krankenhäusern
41 fokussiert angegangen werden. Durch unzureichende oder minimale ärztliche
42 Versorgung werden die diensthabenden Ärzte immer mehr unter Druck gesetzt, nicht zuletzt
43 weil sich ein zeitiger Feierabend nicht mit dem Pflichtbewusstsein vereinen lässt. Wir
44 empfehlen, den Versorgungsschlüssel sowie die benötigte Anzahl an Bereitschaftsärzten
45 in Kliniken regelmäßig zu überprüfen und ggf. anzupassen. Der Teufelskreis schließt sich
46 hier: Durch die unzureichenden Arbeitsbedingungen werden immer mehr Ärzte
47 abgeschreckt und schlagen einen Weg außerhalb der klinischen Tätigkeit ein. Hier zeigt
48 sich also, dass das Problem Ärztemangel nur im Zusammenhang mit der Problematik der
49 Arbeitsbedingungen angegangen werden kann.

50 *Sunsetklausel: Die beantragte Gültigkeitsdauer dieses Antrags beträgt 10 Jahre.*

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 501

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Junge Liberale Heidekreis

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Erhöhung der Einkommensgrenze für Schüler/-innen aus 2 ALG II-Bedarfsgemeinschaften

3 Die Jungen Liberalen Niedersachsen setzen sich für eine Erhöhung der Einkommensgrenze für
4 Schülerinnen und Schüler aus ALG II-Bedarfsgemeinschaften ein. Wir fordern § 1 Abs. 4 ALG
5 II-V dahingehend zu ergänzen, dass die Berechnung nach § 11b Abs. 3 SGB II bei geringfügigen
6 Beschäftigungen (z.B. 450 Euro-Job) nicht gilt.

7 Begründung:

8 Aktuell ist es Schülerinnen und Schülern aus ALG II-Bedarfsgemeinschaften nach § 1 Abs. 4
9 ALG II-V erlaubt bis zu 1200 Euro aus Erwerbstätigkeiten zu verdienen, die in den Schulferien für
10 höchstens vier Wochen je Kalenderjahr ausgeübt werden. D.h., dass Schülerinnen und Schüler
11 aus ALG II-Bedarfsgemeinschaften pro Jahr genau vier Wochen Zeit haben, um 1200 Euro zu
12 verdienen. Dafür müssten sie fast drei 450 Euro-Jobs in einem Monat ausüben. In den restlichen
13 11 Monaten eines Kalenderjahres ist es Schülerinnen und Schülern aus ALG
14 II-Bedarfsgemeinschaften nach § 11b Abs. 3 SGB II erlaubt 100 Euro monatlich plus 20 Prozent
15 des darüber hinausgehenden Betrages abschlagsfrei zu behalten, da der restliche Betrag als
16 Einkommen der Eltern angerechnet wird. Bei einem 450 Euro-Job wären dies 170 Euro
17 monatlich abschlagsfrei, wobei die Schülerinnen und Schüler für 450 Euro gearbeitet hätten.

18 Die Jungen Liberalen Niedersachsen sehen gerade in der Schulzeit eine hohe ftvinanzielle
19 Belastung durch z.B. Klassenfahrten, Kursfahrten, Sportfreizeiten und den allgemeinen
20 Schulbedarf. Der Anteil im ALG II Regelsatz reicht für all dies oft nicht aus.

21 Durch die aktuelle Einkommensgrenze für Schülerinnen und Schüler aus ALG
22 II-Bedarfsgemeinschaften fehlt der Anreiz bereits in der Jugend erste, kleine Arbeitserfahrungen
23 zu sammeln und sich bezüglich eigener Wünsche oder Aktivitäten, unabhängig von finanziell
24 schwachen Eltern zu machen und auch, um eine gute soziale Integration zu ermöglichen.

25 Beim BAföG, zum Beispiel, gibt es unabhängig von der Situation der Eltern einen Freibetrag von
26 4800 Euro jährlich für BAföG-Empfänger. Das würde einem Einkommen von 400 Euro monatlich
27 entsprechen und ist unabhängig von der Höhe des BAföG-Satzes. Dasselbe muss auch für
28 Schülerinnen und Schüler aus ALG II-Bedarfsgemeinschaften gelten.

29 Sunset-Klausel: 3 Jahre

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 502

**66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013**

Antragsteller: Osnabrück-Land

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Mütterrente jetzt – alternativlos!

2 Der Landeskongress der Jungen Libérale Niedersachsen möge beschließen:

3 Die Jungen Liberalen Niedersachsen erkennen die Lebensleistung von Frauen, die vor 1992

4 Kinder geboren haben, besonders an, da diese ohne staatlich geförderte Kita-Plätze auskommen

5 mussten. Somit ist die Einführung einer sogenannten Mütterrente für die Anerkennung der

6 Kindererziehungszeit unumgänglich. Aus diesem Grund sollten diejenigen Frauen, die vor 1992

7 ein Kind geboren haben, einen zusätzlichen Rentenpunkt und für jedes weitere Kind einen
8 halben

9 Rentenpunkt erhalten.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 503

**66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013**

Antragsteller: Osnabrück-Land

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Prävention gegen pädophile Straftaten

2 Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

3 Die Jungen Liberalen Niedersachsen verurteilen pädophile Straftaten. Um unsere Kinder
4 nachhaltig

5 zu schützen, sehen wir es als eine Notwendigkeit an, die Präventionsmaßnahmen zu erweitern
6 und

7 finanziell stärker zu fördern. Besonders hervorzuheben sind Projekte wie zum Beispiel "Kein
8 Täter

9 werden", die gefördert werden müssen.

10 Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 504

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Hardy Spiggelkötter

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Batterien mit Kapazität beschriften

2 Sunset-Klausel 10 Jahre

3 Die JuLis Nds mögen beschließen, dass alle handelsüblichen Batterien (wie z.B. AA, AAA, D,
4 usw.) mit ihrer Kapazität in mAh zu beschriften sind.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 600

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Antragssteller: Caroline Covolo, Carolin Maedebach, Daniela Düvel, Matthias Lerbs

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Perversen Rassismus abwehren -" Zwarte Piet" nicht** 2 **verbieten!**

3 Der Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

4 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die FDP Bundespartei und die Liberale Fraktion im
5 Europäischen Parlament dazu auf, sich gegen das von der UN-Expertengruppe angeregte
6 Verbot des traditionellen Kulturguts "Zwarte Piet" in den Niederlanden einzusetzen.

7 Begründung:

8 "Der Zwarte Piet ("Schwarzer Peter" auf Niederländisch) ist in den Niederlanden und Belgien der
9 Helfer von Sinterklaas, dem Heiligen Nikolaus in der niederländischen Überlieferung. Seine
10 Funktion ist vergleichbar mit der von Knecht Ruprecht. Im Gegensatz zu diesem ist der Zwarte
11 Piet jedoch keine einzelne Person, sondern tritt meist in Gruppen auf. Erkennbar sind die Zwarte
12 Pieten an ihrer bunten Kleidung, die der Kleidung des 17. Jahrhunderts nachempfunden ist, und
13 ihrer schwarz oder braun geschminkten Haut. [...] Der Zwarte Piet trat zum ersten Mal im 19.
14 Jahrhundert auf. Zuvor arbeitete Sinterklaas alleine, oder er wurde vom Teufel begleitet. [...] Nach der niederländischen Tradition kommt Sinterklaas aus Spanien, das in früheren Zeiten von
15 den Mohren (Mauren) besetzt war. Daraus entwickelte der Volksglaube im Laufe der Zeit dann
16 den Zwarten Piet. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts war der Zwarte Piet, eingebunden in
17 koloniale Traditionen, ein ungebildeter Helfer, der sich nur einer einfachen Sprache bedienen
18 konnte. Nach und nach aber entwickelte sich der Zwarte Piet zu einem angesehenen Helfer von
19 Sinterklaas."

20 Quelle: de.wikipedia.org/wiki/Zwarte_Piet

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 601

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: KV Heidekreis

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Steuerkriminalität bekämpfen. 500 und 200 Euro-Scheine 2 abschaffen!

3 Die Jungen Liberalen Niedersachsen fordern die Abschaffung der 500 und 200 Euro Scheine
4 sowie die Einführung von Ein Euro-Scheinen.

5 Begründung:

6 *Erfolgt mündlich*

7 Gültigkeit:

8 *10 Jahre*

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag 700

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Thomas Möhle

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Internet heißt Freiheit

Die Jungen Liberalen stehen für eine technologieneutrale, zukunfts offene und wertorientierte Netzpolitik. Den netzpolitischen Positionen und Perspektiven der JuLis liegt unser Welt- und Menschenbild zu Grunde: Freiheit in Verantwortung, Selbstbestimmung und die Einheit von Freiheit, Menschenwürde und Gerechtigkeit.

Bei der Weiterentwicklung des Rechts ist auf eine technikneutrale Ausgestaltung zu achten. Das Internet spiegelt Dinge, die wir aus der realen Welt kennen, mit teilweise anderen Regeln wider.

Wir müssen akzeptieren, dass Inhalte im Netz praktisch nicht zu kontrollieren sind. Dieser Kontrollverlust ist ein wichtiges Element zum Schutz gegen Zensur und Unterdrückung von Meinungen. Deswegen müssen alle staatlichen Gesetze und Forderungen so ausgelegt sein, dass sie den Kontrollverlust mit einbeziehen und trotzdem in erforderlichem Maße funktionieren.

I. Zugang zum Internet

1. Ausbau der Zugangskapazitäten

Die Jungen Liberalen befürworten einen kontinuierlichen und flächendeckenden Ausbau von Internetzugangskapazitäten. Hierbei muss der Staat Regulierungsaufgaben technologieneutral wahrnehmen, denn Politik entscheidet in Hochtechnologiebereichen langsamer als es die technischen Innovationszyklen erlauben. Für den flächendeckenden Zugang zum Internet mit der jeweils aktuell üblichen Bandbreite soll ein Grundversorgungsauftrag gelten, der dem Stellenwert des Internets, beispielsweise im Vergleich mit dem Fernsehen, Rechnung trägt. Allerdings soll der Ausbau darüber hinaus im ordnungspolitischen Sinne als Standort- und Wirtschaftsförderungspolitik dem Wettbewerb der kommunalen Ebene überlassen bleiben. Es ist prinzipiell nicht Aufgabe des Steuerzahlers, über diesen Wettbewerb hinaus die Infrastruktur für Wirtschaftsunternehmen in infrastrukturschwachen Regionen zu finanzieren.

2. Netzneutralität

Die Jungen Liberalen befürworten einen ungehinderten Informationsfluss und damit die Diskriminierungsfreiheit auf dem Netz. Das Diskriminieren oder Priorisieren bestimmter Dienste auf dem Netz lehnen wir grundsätzlich ab. Dies gilt insbesondere für staatliche Beschränkungen der freien Kommunikation zwischen zwei Endpunkten.

Für zeitkritische Anwendungen akzeptieren wir jedoch Modelle, die sich in Bezug auf Datenpakete analog zum Express-Paket von Paketdiensten verhalten. Das heißt, dass etwa Datenpakete mit besonderer Markierung bevorzugt übertragen und getrennt abgerechnet werden können.

Wir setzen uns für eindeutige Produktdefinitionen bei den Zugangsanbietern ein. "Internet" heißt,

34 dass eine freie Kommunikation zwischen zwei Endpunkten möglich ist. Produkte, die
35 Einschränkungen enthalten, dürfen demnach nicht als Internetzugang bezeichnet werden.

36 3. Meinungsfreiheit und Internetzugang

37 Das Internet ist zu einer der zentralen Grundlagen für Meinungsfreiheit geworden. Es ist daher
38 nicht akzeptabel, wenn der Staat Nutzer vom Internetzugang trennt. Das Internet ist zu dem
39 zentralen Medium für die Ausübung kommunikativer Freiheitsrechte geworden.

40 Die zentrale Rolle für die Meinungsfreiheit von Systemen wie dem World Wide Web ist dadurch
41 bedingt, dass in diesen Systemen jeder Nutzer gleichberechtigt Informationen einstellen, wie
42 auch abrufen kann.

43 4. Internetsperren

44 Das Internet ist ein globalisiertes Kommunikationsmedium. Strafverfolgung durch deutsche
45 Institutionen ist auf direktem Wege nur an Stellen möglich, wo der jeweilige Server oder Anbieter
46 in Deutschland sitzt. Internetsperren sind lediglich ein Versuch, dem deutschen Internetnutzer die
47 Augen vor möglicherweise strafbaren Inhalten im Netz zu verschließen. Da der eigentliche Inhalt
48 aber weiterhin verfügbar ist und technische Sperrmaßnahmen nie umfassend wirken können, ist
49 dieses Konzept zum Scheitern verurteilt. Hier gilt: Löschen statt Sperren! Gesetze, die Provider
50 dazu anregen oder gar zwingen, die Verkehrsdaten oder Inhalte ihrer Kunden zu überwachen
51 oder zu speichern, lehnen wir ab.

52 II. Offenheit und Dezentralität des Internets

53 Jeder Teilnehmer des Netzes kann naturgemäß Anbieter und Konsument von Inhalten sein. Eine
54 zentrale Autorität zur Erlaubnis von Seiten oder Links ist daher abzulehnen.

55 Damit die Datenkommunikation im Internet für jeden gewährleistet ist, begrüßen wir offene und
56 von jedem frei nutzbare Technologiestandards und Schnittstellen.

57 Die Dezentralität ist ein wesentlicher Faktor für die Ausfallsicherheit und Stabilität des Netzes.
58 Staatliche Zentralisierung von Internet-Basistechnologien lehnen wir daher ab.

59 III. Internet und Öffentlichkeit

60 1. eGovernment und Open Data

61 Wir stehen dem verstärkten Ausbau von Möglichkeiten für Partizipation und der Wahrnehmung
62 von Rechten und Pflichten als Bürger durch umfassende eGovernment-Lösungen positiv
63 gegenüber.

64 Der neue Personalausweis sollte daher ohne zusätzliche Kosten für den Bürger mit einer
65 qualifizierten, elektronischen Signatur ausgestattet werden können, um Ende-zu-Ende
66 verschlüsselte Kommunikation mit staatlichen Stellen sicherstellen zu können.

67 Der Staat soll öffentlich erzeugte Daten und Informationen möglichst als Rohdaten in
68 maschinenlesbarer Form anbieten. Er hat ebenfalls die Pflicht sie grundlegend aufzuarbeiten.
69 Deutschland kann sich dafür ein Beispiel an anderen Ländern wie beispielsweise den USA und
70 Großbritannien nehmen, die ähnliche Plattformen bieten. Möglichst alle geeigneten Daten
71 staatlicher Institutionen sind auf diese Weise zu veröffentlichen. Als Orientierung für die Eignung
72 können die Informationsfreiheitsgesetze von Bund und Ländern dienen.

73 2. eGovernment in Verbindung mit Biometrie

74 Biometrische Daten müssen einen besonderen Schutz genießen, da sie ein Leben lang einer
75 Person zugeordnet werden können. Von einer Verwendung solcher Daten in
76 Verifikationsmechanismen des Staates ist daher abzusehen. Besonders bei zentral
77 gespeicherten Datensätzen besteht für kriminelle Datensammler ein hoher Anreiz, sich illegal
78 Zugang zu Datenbanken zu verschaffen und die Daten weiterzuverbreiten. Wenn Daten einmal
79 im Umlauf sind, können sie im Nachhinein nicht wieder vertraulich gemacht werden. Darum

80 reicht es nicht aus, hohe Strafen für Missbrauch staatlich gespeicherter Daten festzuschreiben.
81 Es ist vielmehr wichtig, Daten gar nicht erst zu erheben und vorhandene, umfassende
82 Datenbanken mit biometrischen Daten zu löschen.

83 3. Offene Standards

84 Bei Software, die von staatlichen Stellen verwendet oder zur Entwicklung in Auftrag gegeben
85 wird ist darauf zu achten, dass für den Datenaustausch konsequent auf offenen Standards
86 aufgebaut wird. Darüber hinaus soll Software, deren Entwicklung der Steuerzahler finanziert hat,
87 offen und frei zur allgemeinen Verfügung gestellt werden, sofern dies kein direktes
88 Sicherheitsrisiko oder keinen offensichtlichen Schaden für den Staat bedeutet. Die Verwendung
89 offener Software ist für staatliche Stellen proprietärer Software bei gleicher Leistungsfähigkeit
90 und vergleichbaren Kosten unter Berücksichtigung der mittelfristigen Planung vorzuziehen.
91 Verträge über entsprechende Lizenzen und Wartungsverträge sind im Sinne weitestgehender
92 Transparenz offenzulegen.

93 4. Netzpolitik in festen Gremien beraten

94 Netzpolitik ist ein Thema, dass viele politische Bereiche gleichermaßen tangiert. Politische
95 Gremien müssen sich an dieser Tatsache orientieren. Zur Sammlung von Fachkompetenz sind
96 eigenständige Gremien in den zuständigen Ebenen zu schaffen.

97 5. Demokratisches Potential des Webs

98 Durch die massiv beschleunigte Kommunikation im Internet ist es möglich, viele Menschen in
99 kurzer Zeit zu erreichen. Demokratische Strömungen in einer unfreien, geschlossenen
100 Gesellschaft sind so in der Lage sich auch ein objektives Bild der eigenen Lage zu verschaffen.
101 Dieser Effekt kann als Katalysator für ganze Revolutionen dienen.

102 Wir befürworten es, direkte Partizipation von Bürgern über entsprechende Netzplattformen zu
103 fördern. Anzustreben ist die Bürgerbeteiligung durch das Internet zu verbessern. Die
104 Möglichkeiten direkt mitzureden sind dank neuer Technologien gewachsen.
105 Organisationsmodelle, abgeleitet von dem Denkmodell Liquid Democracy, gilt es zu prüfen und
106 schrittweise in geeignete Gremien einzuführen. Die Programme Adhocracy und Liquid Feedback
107 sind dafür beispielhaft. Sie können wesentlich zu einer Verbesserung der direkten Beteiligung
108 der Bürger an demokratischen Verfahren beitragen, indem sie die Debatte für interessierte
109 zugänglich und öffentlich machen. Geeignete Elemente des parlamentarischen
110 Repräsentativsystems können somit um direktdemokratische Beteiligungsformen erweitert
111 werden.

112 Transparenz des staatlichen Handelns ist in vielen Zusammenhängen erstrebenswert. Es gibt
113 jedoch Daten, die der Staat aus guten Gründen schützt. Zwischen schützenswerten und
114 veröffentlichungswürdigen Daten zu unterscheiden, ist in vielen Fällen anspruchsvoll. Darum
115 sprechen sich die Jungen Liberalen dafür aus, Rechte der Journalisten (z.B. Quellenschutz) nicht
116 ohne weiteres auf alle Anbieter von Informationen und Meinungen (bspw. Blogger) zu
117 übertragen. Es muss jedoch zukünftig entschieden werden, inwiefern hier eine klare Grenze
118 gezogen werden kann.

119 Wer Rechtsverstöße der öffentlichen Hand gegenüber den Ermittlungsbehörden aufdeckt, bricht
120 damit die Geheimhaltungspflicht der jeweiligen, betroffenen Dokumente.

121 Im privaten Sektor dürfen einem Whistleblower durch aufgedeckte Rechtsbrüche keine
122 arbeitsrechtlichen Konsequenzen drohen. Wie die zurückliegende Debatten um die Plattform
123 Wikileaks zeigen, kann jedoch Staatsführung innen- und außenpolitisch nur mit einem zeitlich
124 begrenzten Recht auf Geheimhaltung funktionieren, um Sicherheit, Frieden und Freiheit der
125 Bürger zu schützen. Deshalb gilt: Die Weitergabe geschützter Daten durch Amtsträger muss
126 dienstrechtlich und ggf. strafrechtlich sanktionierbar sein. Nicht davon erfasst seien darf jedoch
127 die Aufdeckung jedweden illegalen Verhaltens staatlicher Stellen. Es muss sicher gestellt
128 werden, dass die Enthüller von illegalem Verhalten im staatlichen Umfeld und Behörden unter

keinen Umständen straf- oder dienstrechtlich belangt werden können soweit ihr Verhalten zur Aufdeckung dieses Verhaltens notwendig war und keine anderen Rechtsgüter betroffen sind. Die Beweislast für die Legitimität einer staatlichen Handlung muss in jedem Fall beim Staat liegen, eine Abstufung nach Schwere des Verhaltens darf nicht erfolgen.

IV. Jugendschutz im Netz

Jugendschutz ist zuallererst Elternaufgabe. Eltern sind dafür verantwortlich ihren Kindern ausreichend Medienkompetenz zur verantwortungsvollen Nutzung technischer Systeme zu vermitteln. Aber auch der Staat hat einen ergänzenden Erziehungsauftrag, dort wo elterliche Fürsorge im Einzelfall versagt. Diesen kommt er in erster Linie durch das Bildungswesen nach. Deshalb fordern wir die flächendeckende, umfassende Berücksichtigung von Medienkompetenz in allen Lehrplänen und allen Bildungsinstitutionen, in Besonderen auch umfassend im Bereich der Erwachsenenbildung. Ein eigenes Fach „Medienkunde“ oder „Internet“ lehnen wir ab.

V. Meine Daten gehören mir!

1. Datenschutz

Die JuLis sehen den Datenschutz als einen kontinuierlich zu verbessernden Prozess an, der immer auch an die technischen Gegebenheiten der Zeit angepasst werden muss. Zur besseren Durchsetzungen des Datenschutzrechts müssen vielfältige neue Konzepte wie etwa der Datenbrief überprüft werden.

Die JuLis setzen sich dabei für eine einheitlich hohen Datenschutz auf europäischer Ebene ein. Diese Regelung soll schon dann gelten, wenn die Nutzerplattform sich auch an europäische Nutzer richtet. Hierbei soll vor allem das Opt-In-Verfahren gelten. Dies meint, dass für den Nutzer eines Netzwerkes der Nullzustand gelten muss. In diesem gewährt die Grundeinstellung dem Nutzer den höchstmöglichen Datenschutz und den Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts. Der Nutzer muss selbst aktiv bestimmen können, wer seine Daten einsehen und darauf zugreifen kann. Das schließt ein Verbot für den Betreiber ein auf E-Mail-Daten und (netzwerk-externe) Adressbücher seiner Nutzer zuzugreifen. Nicht nur wegen des globalen Charakters des Internets können Datenschutzprobleme allerdings weder rein rechtlich, noch technisch, endgültig gelöst werden. Daher muss der Medienerziehung und der Heranbildung einer wirksamen Medienkompetenz fortlaufend ein hoher Stellenwert zukommen.

Wir sprechen uns für die Erforschung von Technologien zum Zwecke der Sicherung der Privatsphäre und des Identitätsmanagements aus. Außerdem müssen Unternehmen haftbar gemacht werden, wenn ihre Sicherheitsanforderungen es zulassen, dass Dritte auf Nutzerdaten zugreifen können.

2. Data Portability für Plattformen im Netz

Das Einschließen von Daten hindert Nutzer von sozialen Netzwerken und anderen Plattformen daran stets zum besten Plattformanbieter zu wechseln. Es wäre wünschenswert, dass der digitale Hausrat mittels offener und freier Standards portierbar ist. Dadurch wird die informationelle Selbstbestimmung erleichtert. Zudem sollen Nutzer von Plattformen im Netz jederzeit ihre Daten sofort löschen können.

3. Gegen die Quellen-TKÜ

Während bei der klassischen Telefonüberwachung die Abhörschnittstelle beim Telefonanbieter, also zwischen den beiden Kommunikationsteilnehmern, geschaltet war, ist es für die Polizei im Internet nicht mehr möglich ohne weiteres eine sogenannte Man-in-the-Middle-Attacke auf eine verschlüsselte Voice-over-IP Verbindung durchzuführen. Die Quellentelekommunikationsüberwachung, also die Platzierung einer Abhörschnittstelle direkt an der Quelle (beispielsweise durch eine Wanze auf dem Computer oder dem Smartphone) wird daher von Ermittlungsbehörden gefordert. Allerdings ist die direkte Überwachung am Endgerät ein zu starker Eingriff in die Privatsphäre. Wir lehnen sie daher grundsätzlich ab.

177 4. Recht auf Verschlüsselung

178 Gesetze, die das Verschlüsseln von Daten und Datenströmen einschränken, lehnen wir ab.

179 5. Proxydienste

180 Es muss mehr Rechtssicherheit für Anbieter von Proxys und Anonymisierungsdiensten
181 geschaffen werden. Die Jungen Liberalen sprechen sich in diesem Zusammenhang dafür aus,
182 den Begriff des Störers nicht auf Nutzer anzuwenden, die Daten nur durchleiten, wie es etwa bei
183 Anonymisierungsprogrammen wie Tor oder bei Anbietern von privaten oder kommerziellen
184 Hotspots geschieht.

185 **VI. Geistiges Eigentum im Internetzeitalter**

186 Für die Jungen Liberalen hat der gegenseitige Respekt vor geistigen Leistungen einen hohen
187 Stellenwert. Wir halten es allerdings für notwendig, dass das bestehende Urheberrecht reformiert
188 wird. Der Schutz des geistigen Eigentums darf jedoch nicht die freie Meinungsäußerung
189 gefährden. Daher setzen sich die Jungen Liberalen für ein Zitierrecht ein, dass es ermöglicht sich
190 durch Zitieren von fremden Inhalten an aktuellen Diskussionen zu beteiligen, ohne Urheberrecht
191 zu verletzen.

192 Grundsätzlich gilt, solange keine anderslautende vertragliche Regelung (etwa eine
193 Standardlizenz) besteht, dass derjenige, der ein Werk weiterverwendet, den Schöpfer des
194 Werkes nennen muss. Dem Schaffer eines Werkes wird das Recht des Vervielfältigens und
195 Aufführens zugesprochen. Diese Rechte kann er auch übertragen und dafür Bedingungen
196 formulieren. Urheberrechtlich geschützt sind alle Werke ab dem Zeitpunkt ihrer Schöpfung bis
197 maximal 15 Jahr nach dem Tod des Urhebers.

198 Perspektivisch muss es eine Konvergenz zwischen dem Urheberrecht und den sog. verwandten
199 Schutzrechten geben. Eine weitere Ausdehnung dieser partikularen Schutzrechte lehnen wir ab.
200 Um die Interessen von Vervielfältigern und ähnlichen Beteiligten an der Wertschöpfungskette zu
201 gewährleisten, müssen dementsprechend die Möglichkeiten vertraglicher Regelungen zwischen
202 Urhebern und Verwertern ausgeschöpft werden. Alle urheberrechtlich schützbaeren Arten von
203 Werken sollen den gleichen Schutz genießen. Ausnahmeregelungen (z.B. für Musik) lehnen wir
204 ab.

205 Insbesondere lehnen wir das sogenannte Leistungsschutzrecht für Presseverleger ab, das
206 Presseverlegern einen möglichst unveränderten Transfer ihres Wirtschaftsmodells auf das
207 Internet ermöglichen soll und den veränderten Rahmenbedingungen des neuen Mediums nicht
208 Rechnung trägt. Die Jungen Liberalen fordern die Einführung eines umfänglichen Rechts auf
209 Faire Verwendung (vorzugweise als Allgemeinklausel oder als eine offene Erweiterung der
210 Schrankenbestimmungen des Urheberrechts umgesetzt), das über den Rahmen des
211 US-amerikanischen Fair Use hinausgeht. So sollen beispielsweise vielfältige, legitime
212 Anwendungen wie Aggregationsdienste im Internet, die Umgehung technischer
213 Schutzmaßnahmen auf Endgeräten für nichtkommerzielle Zwecke sowie die allgemeine
214 Privatkopie mit einer solchen Klausel abgedeckt werden.

215 Besondere Relevanz erhält geistiges Eigentum im Bereich staatlicher Bildung und Forschung. So
216 werden beispielsweise an staatlichen Universitäten erstellte Lehrmaterialien und
217 Forschungsergebnisse aus Steuermitteln finanziert. Trotzdem stehen sie meist nur den
218 Studenten der jeweils aktuellen Lehrveranstaltung bzw. den beteiligten Forschern zu Verfügung.
219 Wir fordern alle Begleitmaterialien zu Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften, Seminaren und
220 sonstigen Lehrveranstaltungen frei zugänglich ins Internet zu stellen. Hiervon ausgenommen
221 sind lediglich Teile der Materialien, die durch außeruniversitäre Leistungsschutzrechte geschützt
222 sind, sowie aus didaktischen oder prüfungsrechtlichen Gründen bezogen auf ihre
223 Veröffentlichung unabdingbar mit zeitlicher Restriktion verbundene Materialien (z.B. Klausuren
224 und deren Lösungen). Im Bereich der Wissenschaft und Forschung muss sichergestellt werden,
225 dass Forschungsergebnisse und Publikationen, die durch öffentliche Mittel finanziert wurden,

226 auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Deshalb fordern die Jungen Liberalen eine
227 Stärkung des Open Access- Prinzips durch die Etablierung des sogenannten Grünen Wegs.
228 Universitäten, Institute, Forschungsreinrichtungen und Wissenschaftler sollen demnach das
229 unveräußerliche Recht erhalten ihre eigenen Forschungsergebnisse und Publikationen auf
230 eigenen Servern der Öffentlichkeit vollständig zugänglich zu machen.

231 **VII. Cybersecurity**

232 Der Versuch, Sicherheit zu Schaffen darf nicht dazu führen, dass der Staat das Netz voll unter
233 Kontrolle hat. Forderungen nach einem Kill-Switch sind daher strikt abzulehnen.

234 Es gilt genau abzuwägen wo staatliches Eingreifen notwendig ist. Ein Beispiel für einen solchen
235 Bereich stellt kritische Infrastruktur dar. Dazu zählen beispielsweise die Kommunikationsnetze
236 der Regierung, Notrufverbindungen, die Energieversorgung aber auch mehr und mehr die
237 Internetinfrastruktur selber. Eine Evaluation, welche Bereiche als kritisch anzusehen sind, muss
238 kontinuierlich erfolgen um dem Wandel der Zeit gerecht zu werden. So können zukünftig auch
239 Bereiche der Gesundheitsversorgung durch Telemedizin in den Katalog kritischer System mit
240 aufgenommen werden.

241 Grundsätzlich sind Unternehmen wie Bürger zunächst selbst gehalten, Maßnahmen zum Schutz
242 vor Wirtschaftsspionage, Sabotage oder Betrug zu treffen.

243 Zu einem Sicherheitskonzept des Staates gehört der Einsatz moderner Software und
244 Betriebssysteme. Regelmäßige Sicherheitsüberprüfungen und Evaluationen der eingesetzten
245 Software sollten selbstverständlich sein.

246 Das Cyberabwehrzentrum (CAZ) des Bundes muss zu einer zentralen Institution ausgebaut
247 werden, die kritische Infrastruktur überwacht und eventuelle Angriffe bewertet. Hierzu soll das
248 BSI in das CAZ integriert werden.

249 Das CAZ darf an kritischer Infrastruktur mit geheimdienstlichen Befugnissen arbeiten um Angriffe
250 bewerten zu können, muss Fälle aber im Anschluss an die jeweils für Angriffe von Innen (BKA)
251 oder von Außen (Bundeswehr) zuständigen Institutionen weiterleiten. Hiervon ausgenommen
252 sind Kommunikationsnetze, denn eine dauerhafte Überwachung der
253 Kommunikationsinfrastruktur soll verhindert werden. Das CAZ kann aber von Providern alarmiert
254 werden, sollte es Angriffe auf ihre Infrastruktur geben.

255 **VIII Überwachung durch Geheimdienste**

256 Um Überwachung durch Geheimdienste des eigenen, oder gar fremder Staaten zu verhindern
257 gilt es, es den Überwachern so schwer wie möglich zu machen, an die gewünschten Daten zu
258 kommen. Dazu gehört, dass Überwachungstechnologie in Rechenzentren rückgebaut wird. Eine
259 Lawful-Interception Schnittstelle, die nicht für normale Polizeiarbeit verschaltet ist, kann auch
260 nicht von Geheimdiensten missbraucht werden.

261 Sollten staatliche Stellen dennoch, ob mit Richterbeschluss oder ohne, Zugang zu Systemen
262 verlangen, darf es keinesfalls weiterhin verboten sein, die Öffentlichkeit über die Art und den
263 Umfang der Maßnahmen zu informieren. Gerade bei großflächigen Eingriffen in die Integrität und
264 Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme ist Transparenz und öffentliche Kontrolle in
265 höchstem Maße notwendig. Schweigepflichten der Telekommunikationsanbieter müssen
266 abgebaut werden.

267 Da sich internationale Geheimdienste nicht an deutsches Recht gebunden fühlen, ist es
268 notwendig, analog zu Sperrverträgen zum Einsatz von Atomwaffen, internationale Abkommen zu
269 treffen. Es muss deutlich werden, dass auch wenn die Vollüberwachung des kompletten
270 Internetverkehrs vielleicht auch das Finden von Terroristen vereinfachen kann, die dadurch
271 entstehenden Kollateralschäden auf Demokratie, Rechtsstaat, Gesellschaft und Wirtschaft den
272 möglichen Nutzen deutlich übersteigen. Wir fordern daher die Einrichtung einer digitalen

273 Grundrechtecharta, die die Integrität und Vertraulichkeit informationstechnischer Systeme
274 sicherstellt.

275 **Begründung:**

276 Erfolgt mündlich

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag
S.801

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Satzung der Jungen Liberalen Niedersachsen e.V.**

2 Die Satzung der Jungen Liberalen Niedersachsen e.V. vom 12.01.92 wird komplett durch die
3 folgende Fassung ersetzt:

4 "Präambel

5 Der Verein führt den Namen "Junge Liberale Niedersachsen e.V.". Er hat seinen Sitz in
6 Hannover und ist im Vereinsregister eingetragen. Der Verein verfolgt ausschließlich und
7 unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung, indem er seinen
8 Mitgliedern Gelegenheit und Anleitung zu politischer Betätigung und Bildung bietet. Die in dieser
9 Satzung verwendeten Amtsbezeichnungen beziehen sich auf männliche und weibliche
10 Amtsinhaber.

11 § 1 Vereinszweck

12 (1) Die Jungen Liberalen sind eine selbstständige politische Jugendorganisation, in der sich
13 junge Liberale zusammengeschlossen haben mit dem Ziel, die Ideen des politischen
14 Liberalismus weiter zu entwickeln und zusammen mit den Jugendlichen in der Bundesrepublik
15 Deutschland und insbesondere mit der FDP in die Praxis umzusetzen.

16 (2) Die Jungen Liberalen wirken mit an der Aufgabe, die größtmögliche Freiheit, die
17 Selbstbestimmung und die Selbstverwirklichung für das autonome und soziale Individuum und
18 damit mehr Freiheit für alle Menschen zu schaffen.

19 (3) Die Jungen Liberalen üben ihre Tätigkeit in Übereinstimmung mit der
20 freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dem Grundgesetz aus. Der Landesverband Junge
21 Liberale setzt sich zum Ziel, der niedersächsischen Jugend eine alternative politische
22 Orientierung zu bieten.

23 § 2 Gliederung

24 (1) Der Landesverband der Jungen Liberalen Niedersachsen gliedert sich in

25 - Kreisverbände

26 - Ortsverbände,

27 die in ihrer räumlichen Einteilung mit den entsprechenden Verbänden der FDP Niedersachsen
28 übereinstimmen sollten. Über Abweichung von der Einteilung mit den entsprechenden
29 Verbänden der FDP entscheidet der geschäftsführende Landesvorstand. Die Kreisverbände
30 können weitere Untergliederungen bilden.

31 (2) Jedes Mitglied soll dem Kreisverband angehören, in dem sich sein Wohnsitz befindet.

32 (3) In dem Fall, dass kein KV vorhanden ist, wird das Mitglied vom geschäftsführenden
33 Landesvorstand einem anderen Kreisverband zugeordnet.

34 (4) Der Landesverband Niedersachsen der Jungen Liberalen ist Mitglied im Bundesverband der
35 Jungen Liberalen.

36 § 3 Mitgliedschaft

37 (1) Mitglied des Landesverbandes Niedersachsen der Jungen Liberalen kann werden, wer
38 mindestens

39 14 Jahre alt ist und das 35. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und nicht Mitglied einer
40 konkurrierenden politischen Jugendorganisation oder Partei ist.

41 (2) Der Beitritt zu den Jungen Liberalen wird schriftlich gegenüber dem geschäftsführenden
42 Landesvorstand oder dem zuständigen Kreisvorstand erklärt. Eine Mitgliedschaft ist gültig, wenn
43 das Mitglied in der zentralen Mitgliederverwaltung des Landesverbandes geführt wird. Das gilt
44 auch, wenn der Eintrag in die zentrale Mitgliederverwaltung durch die Landesgeschäftsstelle
45 hätte erfolgen müssen. Dazu müssen dem Landesverband mindestens der Name, die
46 Postanschrift, sowie das Geburtsdatum vorliegen.

47 (3) Die Mitgliedschaft endet durch:

48 a) Vollendung des 35. Lebensjahres. Bekleidet ein Mitglied bei Vollendung des 35. Lebensjahres
49 ein

50 Amt bei den Jungen Liberalen, so erlischt die Mitgliedschaft mit Ablauf dieser Amtsperiode.

51 b) Austritt: Dieser ist schriftlich gegenüber dem geschäftsführenden Landesvorstand oder dem
52 zuständigen Kreisvorstand zu erklären.

53 c) Ausschluss: Ein Mitglied kann nur dann ausgeschlossen werden, wenn es vorsätzlich gegen
54 die Satzung oder erheblich gegen die Grundsätze des Verbandes verstößt oder absichtlich das
55 Ansehen der Jungen Liberalen schwerwiegend und nachhaltig schädigt. Der Antrag auf
56 Ausschluss ist vom Bundesvorstand zu stellen und durch das Bundesschiedsgericht zu
57 entscheiden. Zahlt ein Mitglied trotz entsprechender Verpflichtung und Mahnung die seit
58 mindestens einem Jahr fälligen Beiträge nicht, kann es ebenfalls ausgeschlossen werden. Über
59 den Ausschluss wegen Beitragssäumigkeit entscheidet der Kreisverband dem das Mitglied
60 angehört. Übt der Landesverband die Beitragshoheit über das Mitglied aus, entscheidet der
61 geschäftsführende Landesvorstand.

62 d) Erwerb der Mitgliedschaft eines anderen Landesverbandes.

63 e) Eintritt in eine konkurrierende Jugendorganisation oder Eintritt in einer mit der FDP
64 konkurrierenden Partei f) Tod

65 § 4 Organe

66 Die Organe des Landesverbandes Niedersachsen der Jungen Liberalen sind

67 - Landeskongress

68 - erweiterter Landesvorstand

69 - geschäftsführender Landesvorstand

70 § 5 Landeskongress

71 (1) Der Landeskongress ist das oberste Beschlussorgan des Landesverbandes der Jungen
72 Liberalen

73 Niedersachsen. Er hat folgende unübertragbare Aufgaben:

74 - Satzungsänderungen

75 - Wahl/Abberufung und Entlastung des geschäftsführenden Landesvorstandes

76 - Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundeskongress

77 - Wahl des Landesschiedsgerichtes

78 - Wahl von zwei Rechnungsprüfern

79 - Antrag auf Auflösung des Verbandes

80 (2) Der Landeskongress setzt sich aus allen Mitgliedern der Jungen Liberalen zusammen. Eine
81 Stimmübertragung ist nicht möglich.

(3) Der Landeskongress tritt mindestens einmal jährlich zusammen. Über die Vergabe des Kongresses entscheidet der erweiterte Landesvorstand. Der geschäftsführende Landesvorstand richtet mindestens eine programmatische Veranstaltung pro Jahr aus. Der Landeskongress ist ferner einzuberufen

- auf Beschluss des geschäftsführenden Landesvorstandes

- auf Antrag von mindestens 5 Kreisverbänden

- auf Antrag von mindestens 10 % der Mitglieder

Der Termin des Landeskongresses und alle damit einhergehenden Fristen sind unmittelbar nach der Vergabe den Mitgliedern zu kommunizieren. Der Landeskongress wird mit einer Frist von vier Wochen vom geschäftsführenden Landesvorstand einberufen. Für die Wahrung der Frist ist im Falle der brieflichen Einladung das Datum des Poststempels, im Fall der Einladung per E-Mail das Datum des Postausgangsservers maßgeblich. Die Einladung ergeht mit der Angabe einer vorläufigen Tagesordnung an alle Mitglieder des Landesverbandes. Die Einladung erfolgt in Textform und grundsätzlich schriftlich. Liegt dem Landesverband eine E-Mailadresse vor, kann die Einladung auch elektronisch erfolgen.

(4) Teilnahmeberechtigt und redeberechtigt sind alle Mitglieder des Landesverbandes

Niedersachsen der Jungen Liberalen. Stimmberechtigt ist jedes Mitglied, dessen Mitgliedschaft

spätestens bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Landeskongresses bestätigt wurde. Eine Stimmrechtsübertragung ist nicht möglich. Auf Antrag von fünf Mitgliedern oder eines Mitgliedes des geschäftsführenden Landesvorstandes kann das Rederecht auch einer Person erteilt werden, die

nicht Mitglied der Jungen Liberalen ist. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Landeskongresses. (5) Der Landeskongress ist beschlussfähig, wenn ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Er

fasst seine Beschlüsse mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, sofern die

Satzung oder die Geschäftsordnung des Landeskongresses nichts anderes bestimmen.

(6) Der Landeskongress beschließt politische Sachanträge mit einer nach Jahren bezeichneten Gültigkeitsdauer von einem, drei, fünf oder zehn Jahren.

(7) Anträge sind mit einer Frist von drei Wochen einzureichen. Der Antragsteller hat bei der Einreichung eines politischen Sachantrages die beantragte Gültigkeitsdauer von einem, drei, fünf oder zehn Jahren zu anzugeben. Der geschäftsführende Landesvorstand kann noch eigene Anträge bis zur Versendung des Antragsbuchs nachreichen. Antragsberechtigt sind alle Mitglieder des Landesverbandes Niedersachsen der Jungen Liberalen und die in der Satzung genannten Gremien. Das Antragsbuch soll spätestens zwei Wochen vorher an die angemeldeten Mitglieder versandt werden und beinhaltet auch eine Übersicht über die Anträge, deren Gültigkeit zu diesem Kongress ausläuft.

(8) Der Landeskongress wählt ein dreiköpfiges Tagungspräsidium und zwei Protokollführer.

(9) Über jeden Landeskongress ist ein Protokoll zu führen, das von den Protokollführern und dem Tagungspräsidium zu unterzeichnen ist.

(10) Der Landeskongress gibt sich eine Geschäftsordnung. In Ermangelung oder ergänzend zu dieser gilt die Geschäftsordnung des Bundesverbandes der Jungen Liberalen.

§ 6 Geschäftsführender Landesvorstand

(1) Zum Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstandes kann jedes ordentliche Mitglied gewählt werden. Mitglieder, die ein Abgeordnetenmandat auf Landes-, Bundes-, oder Europaebene haben, können nicht in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt werden. Diese sind dem geschäftsführenden Landesvorstand kooptiert. Bei Erlangung eines der o.g. Mandate, übt das Vorstandsmitglied sein Amt bis zum Ende der Wahlperiode aus. Wiederwahl ist unzulässig.

(2) Der geschäftsführende Landesvorstand besteht aus:

132 dem/der Landesvorsitzenden,
 133 vier stellvertretenden Landesvorsitzenden, die jeweils zuständig sind für
 134 - Organisation
 135 - Programmatik und Grundsatzfragen
 136 - Finanzen
 137 - Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, vier Beisitzern.
 138 (3) Die Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes werden durch den Landeskongress
 139 für ein Jahr gewählt. Im ersten Wahlgang ist eine absolute Mehrheit erforderlich. Im zweiten
 140 Wahlgang genügt bei mehr als einem Bewerber die einfache Mehrheit. Hat ein einzelner
 141 Bewerber im ersten Wahlgang nicht die absolute Mehrheit erreicht, wird für den zweiten
 142 Wahlgang die Kandidatenliste wiedereröffnet. Gibt es weitere Kandidaten, ist dies ein neuer
 143 Wahlgang. Absolute Mehrheit bedeutet, dass die Zahl der abgegebenen Ja - Stimmen die der
 144 Nein - Stimmen und der Enthaltungen übersteigt.
 145 (4) Die vorzeitige Abberufung eines Landesvorstandsmitgliedes erfolgt durch den
 146 Landeskongress mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums, nach Maßgabe der
 147 Geschäftsordnung des Landeskongress.
 148 (5) Scheidet ein Landesvorstandsmitglied vorzeitig aus, so wird ein Nachfolger vom
 149 nächstfolgenden
 150 Landeskongress für die noch verbleibende Amtszeit gewählt.
 151 (6) Der geschäftsführende Landesvorstand führt die Beschlüsse des Landeskongresses aus und
 152 erledigt die laufenden Geschäfte. Jedes Landesvorstandsmitglied hat am Ende seiner
 153 Amtsperiode schriftlich über seine geleistete Arbeit einen Rechenschaftsbericht gegenüber dem
 154 Landeskongress abzulegen.
 155 (7) Der geschäftsführende Landesvorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.
 156 § 7 Vertretung
 157 Vorstand im Sinne des § 26 BGB sind die/der Landesvorsitzende und die vier stellvertretenden
 158 Landesvorsitzenden. Jeder von ihnen ist zur gerichtlichen und außergerichtlichen Vertretung des
 159 Landesverbandes berechtigt. Der Landesvorsitzende und die vier stellvertretenden
 160 Landesvorsitzenden sind ermächtigt, Prozesse für den Landesverband zu führen als
 161 Prozessstandschafter im eigenen Namen, ohne dass es hierzu eines nochmaligen Beschlusses
 162 oder einer Vollmachterteilung durch die Mitglieder bedarf.
 163 § 8 Erweiterter Landesvorstand
 164 (1) Der erweiterte Landesvorstand besteht stimmberechtigt aus:
 165 - dem geschäftsführenden Landesvorstand
 166 - jeweils einem Vertreter der Kreisverbände
 167 Mit beratender Stimme gehören dem erweiterten Landesvorstand an:
 168 - die Leiter der Landesarbeitskreise
 169 - Mitglieder, die im Bundesvorstand vertreten sind
 170 - Mitglieder, die ein Landtags- oder Bundestagsmandat innehaben, Abgeordnete zum
 171 Europäischen
 172 Parlament und zugleich Mitglieder der FDP Niedersachsen sind.
 173 - Mitglieder, die dem Landesvorstand der FDP Niedersachsen angehören.
 174 (2) Der erweiterte Landesvorstand hat mindestens viermal jährlich, möglichst quartalsweise, zu
 175 tagen.
 176 (3) Der erweiterte Landesvorstand wird mit einer Frist von 14 Tagen vom Landesvorsitzenden
 177 einberufen. Die Einladung ergeht grundsätzlich schriftlich mit der Angabe einer vorläufigen
 178 Tagesordnung an die Mitglieder des erweiterten Landesvorstandes. Liegt dem Landesverband
 179 eine E- Mailadresse des Mitgliedes vor, kann die Einladung auch elektronisch erfolgen.
 180 (4) Jedes Mitglied der Jungen Liberalen hat das Recht an Sitzungen des erweiterten

Landesvorstandes teilzunehmen, wenn die räumlichen Verhältnisse dies gestatten. Es hat keinen Anspruch auf eine Einladung. Die Termine sollen aber auf der Homepage des Landesverbandes bekannt gegeben werden.

§ 9 Landesarbeitskreise

(1) Der geschäftsführende Landesvorstand richtet Arbeitskreise ein, damit diese auf Dauer politische Themen bearbeiten können.

(2) Die Landesarbeitskreise werden vom geschäftsführenden Landesvorstand unterstützt. Tätigkeit und Organisation der Landesarbeitskreise richten sich nach der Geschäftsordnung für die Landesarbeitskreise des Landesverbandes, die vom Landeskongress beschlossen wird.

(3) Die Landesarbeitskreise wählen ihren Leiter und bis zu zwei stellvertretende Leiter.

§ 10 Landesschiedsgericht

(1) Mitglieder des Landesschiedsgerichts müssen das 18. Lebensjahr vollendet haben. (2) Zusammensetzung: Das Landesschiedsgericht besteht aus

- dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz haben

sollte.

- zwei Stellvertretern

- sowie zwei Ersatzmitglieder, welche bei Befangenheit des Vorsitzenden oder eines Stellvertreters nachrücken.

(3) Wahl:

Der Vorsitzende und die zwei Stellvertreter, sowie die Ersatzmitglieder werden in getrennten Wahlgängen auf die Dauer von zwei Jahren vom Landeskongress gewählt. Sie dürfen kein anderes Wahlamt bei den Jungen Liberalen ausüben. Kein Wahlamt im Sinne dieser Vorschrift sind Delegiertenmandate.

(4) Das Landesschiedsgericht entscheidet über:

- Auslegung der Satzung

- Streitigkeiten zwischen Mitgliedern und Organen des Landesverbandes

- Beschwerden von Mitgliedern, die aufgrund von Beitragssäumigkeit ausgeschlossen wurden.

(5) Das Nähere regelt eine Landesschiedsordnung und in Ergänzung die Bundesschiedsordnung.

§ 11 Beiträge

Beiträge werden nach der Beitragsordnung erhoben, die der Landeskongress mit der für Wahlen erforderlichen Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschließt.

§ 12 Satzungsänderungen

Änderungen dieser Satzung können nur mit 2/3-Mehrheit der auf dem Landeskongress anwesenden Mitglieder beschlossen werden. Als anwesend gelten alle Mitglieder, die sich bis zur betreffenden Abstimmung in die Teilnehmerliste eingetragen haben. Ein Änderungsantrag zur Satzung wird nur behandelt, wenn er mit der Einladung zum Landeskongress verschickt wurde. Änderungen dazu sind auf dem Kongress möglich. Der Vorstand nach § 26 BGB ist verpflichtet, Satzungsänderungen unverzüglich dem Registergericht zu melden.

§ 13 Ergänzende Bestimmungen

Bei Lücken dieser Satzung sind Satzung und Geschäftsordnung des Bundesverbandes der Jungen Liberalen, des FDP-Landesverbandes Niedersachsen und des FDP Bundesverbandes in dieser Reihenfolge ergänzend heranzuziehen.

§ 14 Auflösungsbestimmung

Die Auflösung des Verbandes kann nur mit einer 3/4 Mehrheit der anwesenden Mitgliedern von

227 einem außerordentlichen Landeskongress beschlossen werden, wenn der Landeskongress
228 die Durchführung dieses weiteren Landeskongresses beschließt. Bei Auflösung des Vereins soll
229 das Restvermögen der Rudolf-von-Bennigsen-Stiftung mit Sitz in Hannover zufallen, die es
230 unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige steuerbegünstigte Zwecke im Sinne der
231 Abgabenordnung zu verwenden hat."

232

233 **Begründung:**

234 Seit der Satzungsänderung vom 12.01.92 hat kein Landesvorstand die jeweils aktuelle Satzung
235 dem Registergericht vorgelegt. Daher ist es nun notwendig die bis heute geänderte Satzung als
236 Komplettersetzung zur damaligen Satzung zu beschließen, um den dann aktuellen Stand
237 vorlegen zu können. Der oben genannte Satzungstext entspricht der Fassung, die bei der letzten
238 Änderung auf dem 64. Landeskongress in Stuhr im November 2012 beschlossen wurde. Sie
239 enthält seitdem keine weitere Veränderung.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag
S.802

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Satzungsänderungsantrag

2 Ersetze §5 der Satzung durch:

3

4 "§ 5 Landeskongress

5

6 (1) Der Landeskongress ist das oberste Beschlussorgan des Landesverbandes der Jungen
7 Liberalen Niedersachsen. Er hat folgende unübertragbare Aufgaben:

8

9 - Satzungsänderungen

10 - Wahl/Abberufung und Entlastung des geschäftsführenden Landesvorstandes

11 - Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zum Bundeskongress

12 - Wahl einer Ombudsperson

13 - Wahl des Landesschiedsgerichtes

14 - Wahl von zwei Rechnungsprüfern

15 - Antrag auf Auflösung des Verbandes"

16

17 Füge ein als neuen § 10 der Satzung:

18 "§ 10 Ombudsperson

19 (1) Die Ombudsperson wird auf die Dauer von einem Jahr gewählt. Er darf kein Wahlamt nach
20 dieser Satzung innehaben.

21 (2) Die Ombudsperson prüft die Behandlung, Umsetzung und Ausführung der Anträge und
22 Beschlüsse der Landeskongresse durch den Landesvorstand und den erweiterten
23 Landesvorstand und legt hierzu dem ersten Landeskongress im Jahr eine schriftliche Übersicht
24 vor."

25

26 Hinweis: Die ff. §§ verschieben sich sukzessiv.

27

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag
S.803

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Kreisverband.net, KV Harburg-Land, KV Cloppenburg

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Änderungsantrag zur Geschäftsordnung des 2 Landeskongresses der Jungen Liberalen Niedersachsen

3 Ersetze §7 der Geschäftsordnung des Landeskongresses durch:

4 § 7 Tagesordnung

5 (1) Die Tagesordnung wird nach der Wahl des Tagungspräsidiums, der Protokollführer und der
6 Stimmzähler mit einfacher Mehrheit genehmigt. Zuvor findet eine Aussprache statt, falls dies
7 gewünscht wird.

8 (2) Mit der Genehmigung der Tagesordnung oder bei Beginn der Antragsberatung wird eine
9 Reihenfolge der Anträge durch Beschluss des Landeskongresses festgelegt. Ausnahmslos alle
10 Sachanträge werden bei der Festlegung der Beratungsreihenfolge gleichwertig behandelt. In
11 begründeten Ausnahmefällen kann das Tagungspräsidium von der Antragsreihenfolge
12 abweichen.

13 (3) Eine spätere Änderung der Tagesordnung bedarf eines Beschlusses des Landeskongresses
14 mit 2/3 Mehrheit.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag
S.804

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 **Änderung der Landesbeitragsordnung**

2 Ersetze § 2 (1) durch:

3 **§ 2 Abführung von Beitragsanteilen**

4 (1) Die Kreisverbände sind verpflichtet, an den Landesverband monatlich je Mitglied
5 1,35 Euro abzuführen.

6

7 **Begründung:**

8 Die Begründung erfolgt mündlich.

9

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag
S.805

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Änderung der Landesbeitragsordnung

2 Ersetze § 2 (2) bis (6) durch:

3 § 2 Abführung von Beitragsanteilen

4 (2) Die Kreisverbände erhalten aufgrund der dem Landesverband vorliegenden Mitgliederliste
5 halbjährlich eine Beitragsrechnung.

6 (3) Bei Beitragsrückständen von mehr als 12 Monaten kann der Landesvorstand dem
7 betreffenden Kreisverband das Beitragseinzugsrecht in Höhe der abzuführenden Beiträge
8 entziehen. Die Entziehung wird wirksam nach schriftlicher Mitteilung an die betreffenden
9 Mitglieder. Diese sind dann verpflichtet, ihre Beiträge direkt an den Landesverband zu zahlen.
10 Kommen sie dieser Zahlungspflicht nicht nach, kann der Landesvorstand, unbeschadet der
11 Rechte aus § 3 Abs. 3c) der Satzung, die Mitgliedschaftsrechte auf Landesebene aussetzen.
12 Dagegen kann das Landesschiedsgericht angerufen werden.

13 (4) Kreisverbände, die nicht über ausreichende Eigenmittel verfügen, kann in Absprache mit dem
14 Landesvorstand eine Ermäßigung der abzuführenden Beiträge gewährt werden.

15 (5) Die Kreisverbände sind berechtigt Skonto in Abzug zu bringen. Bei Zahlung der
16 Beitragsrechnung innerhalb der gesetzten Frist dürfen 3% Skonto in Abzug gebracht werden.

17

18 Begründung:

19 Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag
S.806

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Geschäftsführender Landesvorstand

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Änderung der Landesbeitragsordnung

2 Ersetze § 4 durch:

3 § 4 Übergangsbestimmungen

4 Diese Beitragsordnung gilt ab sofort. Beschlossen vom 42. Landeskongress in Göttingen am 4.
5 November 2001, geändert durch den 50. Landeskongress in Hannover am 26. November 2005
6 sowie den 66. Landeskongress in Hitzacker am 16.11.2013.

7

8 Begründung:

9 Die Begründung erfolgt mündlich.

Antrag zum 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen

Antrag
S.807

66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen,
Hitzacker, 16. bis 17. November 2013

Antragsteller: Kreisverband Diepholz

Status: ☐ angenommen ☐ nicht angenommen ☐ verwiesen an _____

Der 66. Landeskongress der Jungen Liberalen Niedersachsen möge beschließen:

1 Liberaler Schlachtplan

2 Präambel

3 Die Bundestagswahl ist nun hinter uns – und damit ein desaströses Ergebnis für die FDP und
4 den liberalen Vorfeldorganisationen. Die Liberalen in Deutschland müssen sich daher neu
5 aufstellen. Ein „weiter so“ darf es nicht geben!

6 Wir als Junge Liberale müssen nun der Stachel im Fleisch der FDP sein und diese Rolle mit aller
7 Entschlossenheit wahrnehmen. Es werden daher nachstehendes Maßnahmenpaket
8 beschlossen:

9 Strukturen

10 Unsere Strukturen müssen überarbeitet werden. Dabei ist ein besonderer Augenmerk darauf zu
11 legen, dass die Mitglieder besser eingebunden werden. Wir als JuLis Niedersachsen sollten
12 daher die Landesarbeitskreise häufiger tagen lassen und auch neben verwiesenen Anträgen
13 grundsätzliche Themen besprechen.

14 Auf der Homepage des Landesverbandes soll ein „Das-sehe-ich-anders“ Bereich eingerichtet
15 werden. In diesem Kummerkasten kann jeder seine persönliche Meinung zu Themen kundtun –
16 zu Themen, die wir ansprechen aber auch auf Probleme aufmerksam machen.

17 Die Kooperation mit den umliegenden Landesverbänden soll verstärkt werden.

18 Programmatik

19 Die Jungen Liberalen Niedersachsen habe eine sehr gute Programmatik. Nach einem solchen
20 Wahlergebnis müssen jedoch alle gefassten Beschlüsse inhaltlich auf den Prüfstand. Dazu
21 sollen die jeweiligen Landesarbeitskreise innerhalb der nächsten zwei Jahre alle Beschlüsse
22 durcharbeiten. Sofern eine Neuausrichtung erforderlich scheint, sollen die LAKs entsprechende
23 Anträge vorbereiten und auf einem Landeskongress zur Diskussion stellen.

24 In den nächsten Jahren müssen die FDP und die JuLis Schwerpunktthemen setzen, die in der
25 Vergangenheit medial vernachlässigt wurden: Bildungspolitik, Europapolitik, Sozial- und
26 Arbeitsmarktpolitik, Bürgerrechte. Auch andere Themen wie Umwelt- und Außenpolitik dürfen
27 dabei nicht vergessen werden.

28 Begründung:

29 Erfolgt mündlich.

30 Sunset-Klausel:

31 5 Jahre



Junge Liberale



Änderungsantrag

Bezieht sich auf Antrag: _____

Antragsteller: _____

Änderungsantrag:



Junge Liberale



Änderungsantrag

Bezieht sich auf Antrag: _____

Antragsteller: _____

Änderungsantrag:



Junge Liberale



Änderungsantrag

Bezieht sich auf Antrag: _____

Antragsteller: _____

Änderungsantrag:

Die Gedanken sind frei

Die Gedanken sind frei
wer kann sie erraten?
Sie fliehen vorbei
wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen,
kein Jäger erschießen
mit Pulver und Blei:
Die Gedanken sind frei!
Ich denke, was ich will
und was mich beglückt,
doch alles in der Still'
und wie es sich schicket.
Mein Wunsch und Begehren
kann niemand verwehren,
es bleibt dabei:
Die Gedanken sind frei!

Das Niedersachsenlied

Von der Weser bis zur Elbe,
Von dem Harz bis an das Meer
Stehen Niedersachsens Söhne,
Eine feste Burg und Wehr
Fest wie unsre Eichen
halten alle Zeit wir stand,
Wenn Stürme brausen
Übers deutsche Vaterland.
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil Herzog Widukind Stamm!
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil Herzog Widukind Stamm!
Wir sind die Niedersachsen,
Sturmfest und erdverwachsen,
Heil Herzog Widukind Stamm!